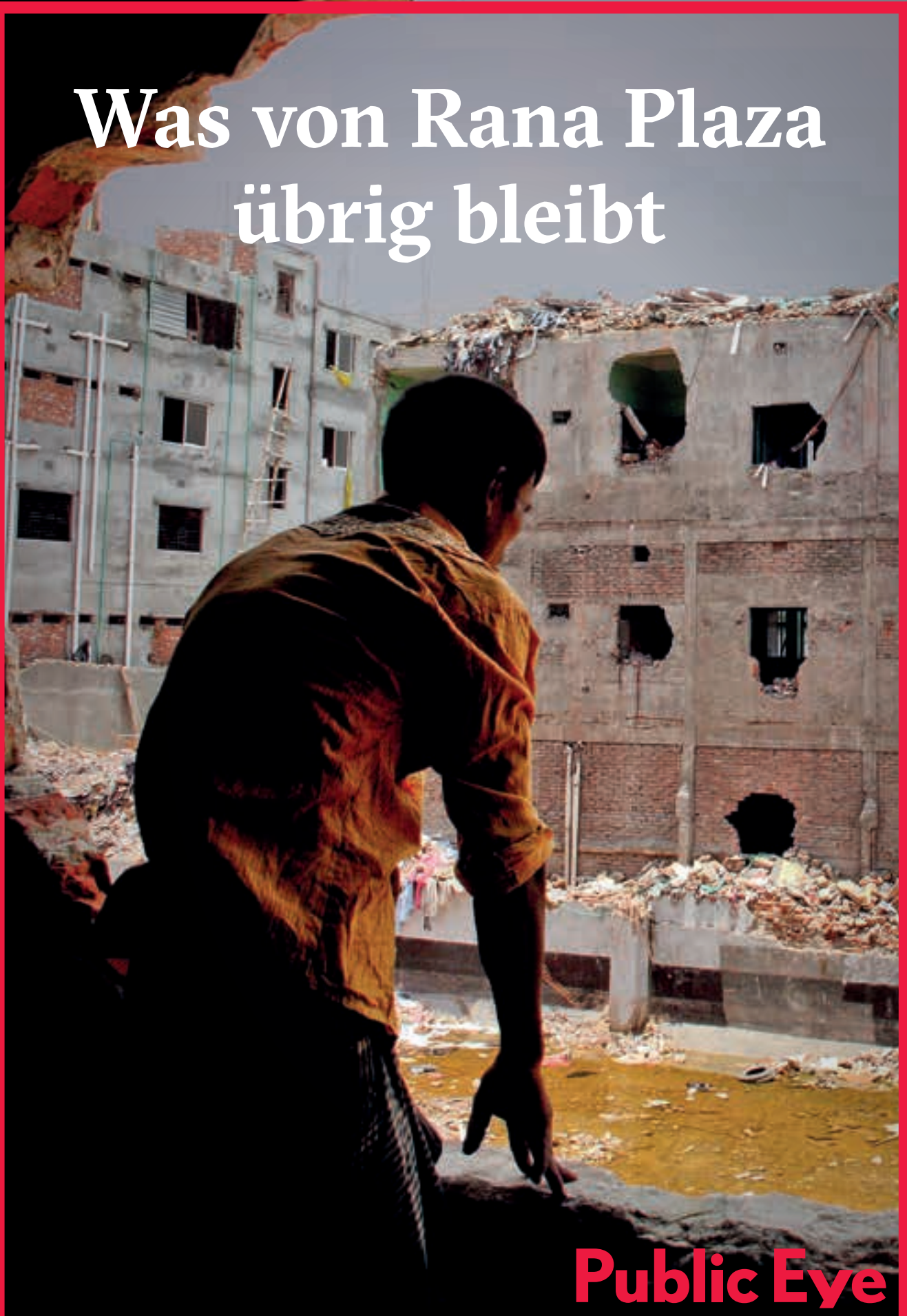



Was von Rana Plaza übrig bleibt



Public Eye

 Erklärung von Bern



Raphaël de Riedmatten

Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder möglich.

Sie sind bereits Mitglied? Herzlichen Dank! Und doppelten Dank, falls Sie jemandem eine Mitgliedschaft verschenken.

Sie sind noch nicht Mitglied? Für 75 Franken pro Jahr werden Sie es erhalten regelmässig unser Magazin. Oder lernen Sie uns erst kennen und bestellen Sie gratis ein Testabonnement.

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören – auf www.publiceye.ch/mitglieder

Public Eye

Beharrlichkeit und Kampfgeist

«Wenn Sie finden, dass Solidarität nicht an nationalen Grenzen haltmacht. Wenn Sie finden, dass auch in der Schweiz Veränderungen notwendig sind. Wenn Sie finden, dass wir hier und jetzt, mit konkreten Aktionen, beginnen können, uns für mehr Gerechtigkeit einzusetzen. Dann werden Sie Mitglied in der «Vereinigung zur Förderung der Erklärung von Bern – für eine solidarische Entwicklung.» Mit diesen Worten suchte die Zeitschrift unserer Organisation im April 1973 nach Mitgliedern. Worte, die 2018, im Jahr, in dem wir unser 50-jähriges Bestehen feiern, nichts an Aktualität eingebüsst haben. Eines der wichtigsten Merkmale von Public Eye ist die Beharrlichkeit.

Um unser Jubiläum zu feiern, wollen wir aber nicht in erster Linie zurückblicken, sondern nach vorne. Deshalb haben wir einen Award für journalistische Recherchen ausgeschrieben. Aus über 50 hervorragenden Projekten hat die Jury zwei ausgewählt. Sie sollen Licht werfen auf die Machenschaften der Tabakmultis und der Reedereien, die ihre Schiffe in Asien unter unmenschlichen Bedingungen verschrotten lassen.

Die beiden Recherchen reihen sich nahtlos ein in unsere Arbeit. Schon 1979 haben wir in unserer Publikation die Tabakindustrie unter die Lupe genommen. Die Ausbreitung der Nikotinsucht in den afrikanischen Ländern, die wir damals fürchteten, dürfte ihren Höhepunkt erst noch erreichen. Und die Abwrackung von Schiffen zeigt exemplarisch, wie schädliche und gefährliche Tätigkeiten in jene Länder ausgelagert werden, in denen die Lohnkosten ebenso tief sind wie die Auflagen, an die sich die Multis halten müssen. Eine Logik, die wir wieder und wieder angeprangert haben.

Ein anderes, trauriges Ereignis jährt sich bald zum fünften Mal: Beim Einsturz des Rana-Plaza-Gebäudes in Bangladesch kamen am 24. April 2013 1138 Menschen ums Leben, mehr als 2000 wurden verletzt. Seit dieser Tragödie ist es zu einigen Verbesserungen gekommen, doch bis heute nehmen die Modefirmen ihre Verantwortung nicht ausreichend wahr – was zeigt, wie wichtig es ist, dass wir dranbleiben.

Vielleicht ist es das, was all die Menschen verbindet, die sich in den letzten 50 Jahren mit uns für eine verantwortungsvolle und solidarische Schweiz engagiert haben: die Fähigkeit, ihre Empörung und Wut in kollektives Handeln umzuwandeln – mit Beharrlichkeit und Kampfgeist.

R. de Riedmatten

Die Lehren aus Rana Plaza

Bei dem Gebäudeeinsturz vor fünf Jahren sind auch drei Mythen in sich zusammengefallen. Einiges wurde besser, vieles bleibt zu tun. Unsere Analyse ab ▶ **S. 4**

Weiteres Ungemach für Gunvor

Sie erinnern sich an unsere Spezialnummer zu «Gunvor im Kongo»? Nun gerät der Genfer Konzern auch wegen eines Deals in der Elfenbeinküste in den Fokus der Justiz. Die Hintergründe ab ▶ **S. 12**

Giftschwaden auf der Trauminsel

Wie die Agromultis auf Hawaii die Bevölkerung gefährden – und wozu es führen kann, wenn man das an einem Podium diskutiert. ▶ **S. 18**

Recherchen zum Jubiläum

Public Eye wird 50 – und will einer Journalistin und zwei Journalisten ermöglichen, die Mächtschaften von Tabakkonzernen und Reedereien unter die Lupe zu nehmen. ▶ **S. 24**

An unserer «Geburtstagsfeier» in Bern debattieren fünf profilierte Köpfe. ▶ **S. 27**

Zudem in diesem Heft

Kein zollfreies Palmöl

Der Nationalrat setzt ein wichtiges Zeichen für die Verhandlungen mit Malaysia. ▶ **S. 22**

Konzernverantwortung

Gibt es doch noch einen Gegenvorschlag zu der von uns mitlancierten Initiative? ▶ **S. 23**



Das Bild einer vermissten Arbeiterin zwischen Schutt und Textilfetzen – ein Mahnmal an den 24. April 2013, als hier in einem Vorort von Dhaka ein Gebäude einstürzte, das fünf Textilfabriken beherbergt hatte. 1138 Personen kamen ums Leben, über 2000 wurden verletzt.



Fünf Jahre nach der schlimmsten Tragödie in der Textilindustrie

Ein grüner Teich füllt die Geröllmulde auf der Brache zwischen zwei Häusern in Savar. Der Name des Gebäudekomplexes, der hier vor fünf Jahren in sich zusammenfiel, hat sich in das kollektive Gedächtnis der Menschen auch jenseits von Bangladesch eingebrannt: Rana Plaza. Ist seither einfach Gras über die Sache gewachsen? Oder sind entscheidende Verbesserungen erzielt worden? Eine Bestandesaufnahme.

TEXT: DAVID HACHFELD UND TIMO KOLLBRUNNER

Rana Plaza steht heute nicht einfach nur für einen Gebäudekomplex mit fünf Textilfabriken in einem Vorort von Dhaka, der Hauptstadt Bangladeschs. Die 1138 Menschen, die beim Einsturz am 24. April 2013 ums Leben gekommen sind, die mehr als 2000 Verletzten, ihre Angehörigen und Freunde: Sie alle wurden Opfer der bisher tödlichsten Katastrophe in der globalen Modeindustrie. Opfer einer Ausbeutungsmaschine, die auf ihrer Suche nach immer noch billigeren Produktions-

bedingungen Profite über das Leben und die Würde der Millionen Menschen stellt, die sie beschäftigt.

Drei Sichtweisen

Rana Plaza sei ein Weckruf gewesen, sagt Kalpona Akter, ehemalige Fabrikarbeiterin und heute Geschäftsführerin des *Bangladesh Centre for Worker Solidarity*. «Aber eigentlich hätte die Welt schon viel früher aufwachen müssen.» Schliesslich sei es in Bangladesch schon vor dem verhee-

renden Brand in der Tazreen-Fabrik, ebenfalls in einem Vorort Dhakas, Ende 2012 und dem Einsturz von Rana Plaza 2013 immer wieder zu tödlichen Unfällen und Bränden in Fabriken gekommen. «Rana Plaza war nicht nur ein Meilenstein für die Textilarbeiterinnen und -arbeiter in Bangladesch, sondern für alle Angestellten in den Lieferketten im globalen Süden», sagt Amirul Haque Amin, Präsident und Mitbegründer der *National Garment Workers Federation* Bangladeschs. «Rana Plaza hat der ganzen Welt klar gemacht, dass es bezüglich der Lieferketten in der Textilindustrie gravierende Missstände gibt, die mit einschneidenden Massnahmen angegangen werden müssen – jenen Massnahmen, für die sich die Clean Clothes Campaign bereits seit Jahren stark gemacht hatte», sagt Ineke Zeldenrust, 1989 eine der Mitgründerinnen und heute internationale Koordinatorin der Clean Clothes Campaign (CCC), die in der Schweiz durch Public Eye vertreten wird.

Drei eingestürzte Mythen

Doch wurde der Weckruf gehört? Hat sich in der Modeindustrie in den letzten Jahren tatsächlich etwas Grundlegendes verändert? Nach den Gesprächen mit den beiden Aktivistinnen und dem Gewerkschafter stellen wir fest: Der Einsturz von Rana Plaza hat einige hartnäckige Mythen der globalen Modeindustrie zum Einsturz gebracht.

MYTHOS EINS: DIE UNTERNEHMEN MACHEN BEREITS GENUG

Rana Plaza war mitnichten die erste, sondern «lediglich» die bisher schlimmste Fabrikkatastrophe in der Geschichte der Textilindustrie. Mangelnde Gebäudesicherheit und unzureichender Feuerschutz hatten in den globalen Lieferketten grosser Modeunternehmen bereits zuvor immer wieder schwere Verletzungen oder gar den Tod von Arbeiterinnen (die überwiegende Mehrheit der in der Textilindustrie Beschäftigten sind Frauen) zur Folge gehabt. Seit 1990 wurden in Bangladesch über 300 Fabrikunglücke dokumentiert. Schon lange vor Rana Plaza hatten die CCC und andere die Firmen wieder und wieder aufgefordert, diese Missstände zu beheben. Die Ausrede war stets dieselbe: Der Zustand der Gebäude und die Arbeitssicherheit lägen in der Verantwortung der Zulieferfabriken und der lokalen Regierungen. Und internationale Markenfirmen täten schon mehr als genug, wenn sie bei sogenannten Fabrik-Audits gelegentlich überprüfen liessen, ob ihr Verhaltenskodex eingehalten wird.

Unbrauchbare Audits

Auf dem Papier verfügten wohl die meisten internationalen Firmen, die in Rana Plaza Kleidung fertigen liessen, über

Richtlinien für soziale Unternehmensverantwortung (CSR) oder einen Verhaltenskodex, der Missstände in der Lieferkette unterbinden sollte. «Doch Rana Plaza legte beispielhaft offen, dass die CSR-Policy von Unternehmen nicht in den Lieferketten implementiert wird und gravierende Missstände in den Fabriken nicht aufdeckt», sagt Amirul Haque Amin. Tatsächlich hatten Audits von zwei Rana-Plaza-Fabriken, die im Rahmen der *Business Social Compliance Initiative (BSCI)* durchgeführt worden waren, nicht vor den offensichtlichen Gefahren gewarnt: Obwohl Gebäudesicherheit zu den schwerwiegendsten Risiken für Arbeiterinnen in Bangladesch gehört, war sie nicht Gegenstand der Audits.

Ungehörte Warnungen

Die Warnungen jener, die wirklich wussten, was in Rana Plaza passierte, wurden ignoriert: Die Arbeiterinnen selbst hatten ihre Manager über Risse in den Wänden alarmiert. Statt dass auf sie gehört worden wäre, wurden sie unter Androhung des Arbeitsplatzverlustes gezwungen, weiter in dem unsicheren Gebäude zu arbeiten. «Nach Rana Plaza mussten die internationalen Modefirmen beschämt eingestehen, dass die Massnahmen, die sie in der Vergangenheit von sich aus unternommen hatten, offensichtlich ungenügend waren», sagt Ineke Zeldenrust von der CCC. Nun konnte sich kein Unternehmen mehr hinstellen und einfach nur darauf verweisen, dass seine Zulieferbetriebe einen Verhaltenskodex unterzeichnet hätten. Allen wurde klar: CSR bleibt eine leere Worthülse, solange über die Köpfe der Betroffenen hinweg agiert wird und Arbeiterinnen bei der Erkennung und Beseitigung von Risiken nicht einbezogen werden.

MYTHOS ZWEI: MODEFIRMEN KÖNNEN SICH AUS DER VERANTWORTUNG STEHLEN

Am Tag der Katastrophe war Amirul Haque Amin in Deutschland, um über die Situation der Arbeiterinnen in Bangladesch zu berichten. Als ihn die Nachricht erreichte, flog er sofort zurück nach Dhaka und rief die Leute aus seiner Gewerkschaft zusammen. «Einige unserer Mitglieder waren tot, andere verletzt. Ich besuchte Krankenhäuser und den Unfallort und wir begannen, Soforthilfen für die Opfer zu organisieren, kleine Barbeträge, Dinge des täglichen Bedarfs oder Spitalbesuche.»

Deutlich ignoranter reagierten die internationalen Modefirmen. Viele bestritten zunächst, überhaupt in Rana Plaza produziert zu haben. Es waren lokale Aktivistinnen und Aktivisten, die in den Trümmern nach Labels, Kleidung und Bestellscheinen der Firmen suchten. Was sie fanden, offenbarte, dass mindestens 32 internationale Firmen mit Rana-Plaza-Fabriken in Verbindung



Die damals 27-jährige Textilarbeiterin Marium, alleinerziehende Mutter zweier Kinder, verlor beim Einsturz ihren rechten Unterarm.

© GMB Akash/Panos

standen. Doch selbst als die Geschäftsbeziehungen nicht mehr zu bestreiten waren, wehrten sich viele der Firmen vehement dagegen, ihre Mitverantwortung anzuerkennen und einen finanziellen Beitrag zur Entschädigung zu leisten. Doch diesmal kamen sie damit nicht mehr durch.

«Das akzeptieren wir nicht»

Laut Gesetz hätten den Angehörigen getöteter Arbeiterinnen lediglich je 100 000 Taka, etwas über 1000 Schweizer Franken, Entschädigung sowie noch einmal der gleiche Betrag aus einer Versicherung zugestanden. «Wir sagten: «Nein, das akzeptieren wir nicht», erinnert sich Amirul Haque Amin. Denn der Einsturz sei eben kein Unfall gewesen, sondern eine Folge unterlassener Handlungen, obwohl die Missstän-

de bekannt gewesen seien. «Wir forderten, dass berechnet wird, wie viele Jahre eine Arbeiterin oder ein Arbeiter eigentlich weiter hätte arbeiten können und was sie dabei verdient hätten, und dass die Entschädigung nach diesen Lohnverlusten berechnet wird.» Und so kam es. Im Verbund nahmen lokale Gewerkschaften, die internationalen Gewerkschaftsverbände IndustriAll und UNI Global Union, die CCC und auch die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) die multinationalen Unternehmen in die Pflicht – mit Erfolg.

Ein klares Signal

Mehr als zwei Jahre nach der Tragödie kamen die für alle Entschädigungszahlungen benötigten 30 Millionen Dollar schliesslich zusammen. Ein klares Signal dafür, dass die

Chronologie der Ereignisse



11.04.2005

Beim Einsturz der Bekleidungsfabrik Spectrum in Savar, einem Vorort Dhakas, sterben 64 Menschen; 80 werden verletzt. Zusammen mit Gewerkschaften und Partnern startet die Clean Clothes Campaign (CCC) eine Kampagne für Gebäudesicherheit und Kompensationszahlungen.



25.02.2010

21 Arbeiterinnen und Arbeiter sterben bei einem Feuer in der Garib & Garib Sweater Factory in Dhaka. Die CCC und Partner stellen konkrete Aktionspunkte für internationale Firmen vor.

14.12.2010

Bei einem Feuer in der Fabrik That's It Sportswear in Dhakas Vorort Ashulia kommen 29 Angestellte ums Leben. In den Monaten danach kommt es zu weiteren schweren Fabrikunglücken.

Zeiten endgültig vorbei sind, in denen sich Unternehmen aus der Verantwortung für ihre Lieferketten stellen konnten. In dieser Hinsicht habe sich eindeutig etwas getan, findet auch Ineke Zeldenrust. Noch vor zehn Jahren hätten sich die Modefirmen auf den Standpunkt gestellt, mit Arbeitsrechtsverletzungen bei Zulieferern absolut nichts zu tun zu haben. «Damals sagten uns die Verantwortlichen bei den Modemarken, es sei ein Ding der Unmöglichkeit, schon nur ihre Zulieferfirmen auszuweisen. Das sei ein Geschäftsgeheimnis, das sie hüten müssten. Heute ist die Forderung breit akzeptiert, dass Markenfirmen ihre Lieferkette offenlegen müssen.»

MYTHOS DREI: MAN KANN AN DEN MISSSTÄNDEN IN DER TEXTILINDUSTRIE EH NICHTS ÄNDERN

Die Geschichte der Textilindustrie ist eine der Ausbeutung und Entrechtung von Arbeiterinnen und Arbeitern. Und neue Produktionsstandorte werden am liebsten dort aufgebaut, wo die Löhne noch ein wenig niedriger sind und Gewerkschaften möglichst schwach oder gar verboten. Und doch ist Fatalismus nicht angesagt. Im Gegenteil: Gerade die Entwicklungen nach der Katastrophe von Rana Plaza zeigen, dass wichtige Verbesserungen auch dort erkämpft werden können, wo die Lage auf den ersten Blick hoffnungslos erscheint.

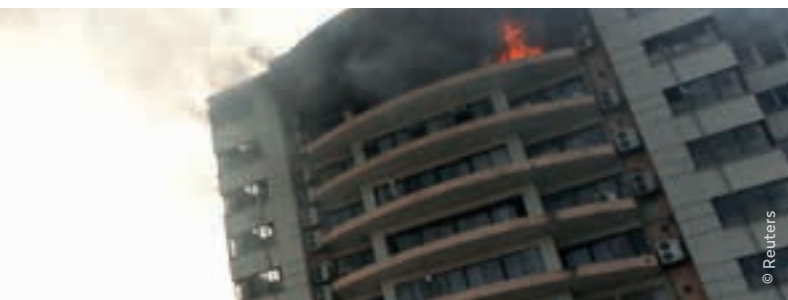
Drei Wochen Ausnahmezustand

Als Ineke Zeldenrust am 24. April 2013 nach Hause kam, zeigte das Display ihres Mobiltelefons 17 unbeantwortete Anrufe an. «Schon wieder ein Fabrikfeuer», dachte sie spontan. Nachdem das Ausmass der Katastrophe klar geworden war, begannen für Ineke und ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter drei Wochen Ausnahmezustand.

Auch bei Public Eye (damals noch die Erklärung von Bern) gingen binnen 48 Stunden mehr als 500 Anfragen und Interviewgesuche ein. Ein Medienauftritt folgte auf den anderen, parallel liefen die interne Kommunikation im Netzwerk sowie die Verhandlungen mit Firmen auf Hochtouren. Mitte Mai unterschrieben die ersten Modefirmen den *Accord on Fire and Building Safety in Bangladesh* (siehe Text auf Seite 9). Das rechtlich verbindliche Gebäudesicherheitsabkommen habe damals nur deshalb so rasch unterzeichnet werden können, weil die Clean Clothes Campaign und ihre Alliierten bereits seit Jahren einen konkreten Massnahmenplan zur Verbesserung der Arbeitssicherheit gefordert und bereits 2011 ein Abkommen über Brandschutz und Gebäudesicherheit ausgearbeitet hatten, sagt Ineke Zeldenrust heute. Weil man mit vielen der Firmen, die im Gebäude hatten produzieren lassen, wegen Missständen und Katastrophen in anderen Fabriken seit Jahren in Kontakt gestanden und sie immer wieder aufgefordert habe, endlich umfassende Massnahmen vorzunehmen. Aber erst die Tragödie in Savar habe die Markenfirmen schliesslich dazu gebracht, «etwas zu unterschreiben, was sie ohne Rana Plaza nie unterschrieben hätten». Gewerkschafter Amirul Haque Amin bezeichnet den Accord als ein «historisches Ereignis»: «Er war das erste rechtlich verbindliche Abkommen zwischen Markenfirmen und Gewerkschaften, das die Firmen in die Verantwortung für ihre Lieferketten nahm.»

Kein «natürlicher Folgeeffekt»

Fünf Jahre nach Inkrafttreten des Accords sagt Ineke Zeldenrust: «Die Zahl der Toten und Verletzten in Textilfabriken in Bangladesch ist dramatisch gesunken. Das ist etwas, was wir erreicht haben.» Kalpona Akter pflichtet ihr bei: Bis 2013 seien in Bangladesch jährlich Dutzende Arbeiterinnen bei Fabrikeinstürzen oder -feuern ums Leben gekommen. «2016 war es keine einzige», sagt



15.03.2012

Erstmals beginnen konkrete Verhandlungen mit Firmen über ein verbindliches Abkommen für Gebäudesicherheit.

Als erste Markenfirma unterzeichnet PVH (u. a. Calvin Klein und Tommy Hilfiger) eine Vereinbarung mit Gewerkschaften, der CCC und Partnern. Im September unterschreibt auch Tchibo eine Vereinbarung.



24.11.2012

Bei einer Feuerkatastrophe in der neunstöckigen Tazreen-Fashion-Fabrik in Dhaka sterben 112 Arbeiterinnen und Arbeiter.

die 41-jährige Aktivistin. Der Accord umfasse allerdings lediglich 1600 Fabriken und damit ungefähr zwei Millionen Angestellte, ruft sie in Erinnerung. Insgesamt arbeiten in Bangladesch über vier Millionen Menschen

«Bis 2013 sind in Bangladesch jährlich Dutzende Arbeiterinnen bei Fabrikeinstürzen oder -feuern ums Leben gekommen», sagt Kalpona Akter. «2016 war es keine einzige.»

in etwa 3500 Fabriken. Die Hälfte der Fabriken sei heute also potenziell immer noch unsicher. «Es gibt nach wie vor Gefahrenquellen», sagt sie und erwähnt die tödliche Explosion eines Boilers in einer Kleiderfabrik in der Nähe von Dhaka im Juli vergangenen Jahres.

Wichtige Verlängerung

Und die Verbesserungen bleiben vorderhand auf Bangladesch beschränkt. Einen «natürlichen Folgeeffekt» auf andere Länder gebe es leider nicht, sagt Ineke Zeldenrust. Damit auch die Kleiderfabriken etwa in Indien oder Pakistan sicherer würden, sei auch dort harte Arbeit im Verbund mit lokalen Akteurinnen und Akteuren nötig. «Aber immerhin haben wir nun den Präzedenzfall eines rechtlich bindenden Abkommens, das von über 200 Firmen unterschrieben worden ist.»

Zumindest in Bangladesch ist mit dem Accord die Arbeit in hunderten Fabriken deutlich sicherer geworden. Um so wichtiger sei es, dass das Abkommen, das diesen Mai ausgelaufen wäre, nun weiter in Kraft bleibe, bis die nationalen Regulierungsbehörden in der Lage seien, die Aufgaben zu übernehmen, finden Kalpona Akter und Ineke Zeldenrust. Davon seien diese

noch weit entfernt, sind sich die beiden einig. Natürlich müsse die Regierung Bangladeschs mittelfristig eine grössere Verantwortung übernehmen, sagt die CCC-Koordinatorin. Aber es sei absolut unrealistisch, dass sie in den nächsten Jahren in der Lage sein werde, mit eigenen Mitteln verlässliche Inspektionen durchzuführen, und dass sie die Vereinigungsfreiheit der Arbeiterinnen gewährleisten werde. Und auch wenn dies dereinst der Fall sein sollte, bleibe die Verantwortung der globalen Unternehmen bestehen. «Wer überwacht, ob die Modekonzerne ihre Sorgfaltspflichten in Bangladesch wahrnehmen?» Das sei eine der zentralen Fragen, die geklärt werden müssten, bevor die Aufgaben des Accords an eine nationale Behörde übergeben werden könnten.

WAS ZU TUN BLEIBT

Fünf Jahre nach dem Fabrikeinsturz fällt Kalpona Akters Bilanz gemischt aus: «In Bezug auf die Sicherheit hat es tatsächlich grosse Verbesserungen gegeben. Aber wenn wir von Arbeitsrechten sprechen, vom Recht, Gewerkschaften zu bilden und kollektiv zu verhandeln, von den Bedingungen am Arbeitsplatz oder vom Lohn, dann haben wir keine grossen Fortschritte erzielt. Was wir in erster Linie erreichen müssen», sagt sie, «sind höhere Löhne und stärkere Gewerkschaften.»

Proteste niedergeschlagen

Punkto Gewerkschaften zeichnet Amirul Haque Amin ein positiveres Bild: «Wir haben in Bangladesch immer noch Probleme betreffend der gewerkschaftlichen Organisation, aber wenn wir die Situation vor und nach Rana Plaza vergleichen, müssen wir doch anerkennen, dass es zu grossen Verbesserungen gekommen ist», sagt er. Habe es vor Rana Plaza im Sektor lediglich ein paar

Fortsetzung auf Seite 10 ►



24.04.2013

Der Fabrikkomplex Rana Plaza stürzt ein. Die grösste Katastrophe in der Geschichte der Textilindustrie tötet 1138 Menschen, mehr als 2000 werden verletzt. Mindestens 32 internationale Firmen standen in Verbindung mit Rana Plaza, u. a. Benetton, El Corte Inglés, Inditex (Zara), Kik oder Mango.



05.05.2013

Internationale Gewerkschaften legen zusammen mit der CCC und Partnern den *Accord on Fire and Building Safety in Bangladesh* vor. Sie fordern Markenfirmen zur Unterschrift binnen zehn Tagen auf.

10.05.2013

Mehr als eine Million Menschen weltweit rufen mit einer Petition Markenfirmen auf, dem Accord beizutreten.

Das Gebäudesicherheitsabkommen für Bangladesch

Der *Accord on Fire and Building Safety in Bangladesh* ist das weltweit erste rechtlich verbindliche Gebäudesicherheitsabkommen. Es wurde am 23. Mai 2013 von Gewerkschaften und Markenfirmen unterzeichnet. Die Clean Clothes Campaign hat das Abkommen als Zeugin unterschrieben. Trotz vieler schwerer Fabrikkatastrophen hatten sich internationale Markenfirmen lange geweigert, Verantwortung für die Sicherheit der Produktionsstätten in ihren Lieferketten zu übernehmen. Doch nach dem Einsturz von Rana Plaza wurde der öffentliche Druck zu gross.

► Von über 200 Firmen unterzeichnet

Das Abkommen sieht unabhängige Inspektionen und von Arbeiterinnen und Arbeitern gebildete Komitees für Sicherheit vor. Es verpflichtet die unterzeichnenden Firmen, Missstände in ihren Zulieferfabriken zu beheben. Über 200 Markenfirmen haben das Abkommen unterzeichnet. Sie müssen ihre Zulieferfabriken in Bangladesch offenlegen und bei Inspektionen identifizierte Gefahrenursachen beseitigen lassen. Gewerkschaften muss zur Durchführung von Schulungen über Sicherheit und Arbeitsrechte Zugang zu den Fabriken gewährt werden.

► 83 Prozent der Missstände behoben

Der Accord hat die Arbeitsplätze von Millionen Menschen sicherer gemacht. Die Inspektorinnen und Inspektoren haben bis heute mehr als 1600 Fabriken unter die Lupe genommen und über 118 500 Gefahren im Bereich Feuerschutz, elektrische Installationen und Statik identifiziert. 83 Prozent der identifizierten Gefahren sind in der Zwischenzeit behoben worden.



© Kristina Mahr/Reuters

► Um drei Jahre verlängert

Im Juni 2017 ist eine dreijährige Verlängerung des Abkommens vereinbart worden. Die Verlängerung soll sicherstellen, dass die erzielten Verbesserungen beibehalten werden. Ferner kann der Accord nun auch auf Fabriken, die Schuhe oder Heimtextilien herstellen, oder auf Spinnereien sowie auf bisher nicht abgedeckte Risiken wie Boilerexplosionen ausgeweitet werden. Langfristig soll die Verantwortung für die Überprüfung der Fabriken an die Behörden in Bangladesch übergehen. Die Clean Clothes Campaign fordert alle in Bangladesch produzierenden Bekleidungsfirmen auf, dem erweiterten Abkommen beizutreten. Von den Schweizer Unternehmen hat dies bis im März 2018 lediglich Tally Weijl getan.



© Panos

13.05.2013

H&M kündigt als erste Markenfirma an, den Accord zu unterzeichnen. Fast vierzig Firmen folgen kurz darauf.

23.05.2013

Der Accord wird unterzeichnet. Er hat eine Laufzeit von fünf Jahren. Mehr als 200 Firmen treten dem Abkommen in den folgenden Jahren bei.



© Panos

20.11.2013

Das Entschädigungsabkommen für Rana-Plaza-Opfer wird verabschiedet. Es ist das erste Abkommen zur Entschädigung aller Betroffenen eines Industrieunglücks.

09.06.2015

Über zwei Jahre nach dem Einsturz von Rana Plaza sind die notwendigen 30 Millionen US-Dollar für den Kompensationsfonds endlich beisammen.

wenige registrierte Gewerkschaften auf Fabrikebene gegeben, seien es mittlerweile über 500. Wenn man sich alleine die Anzahl der Gewerkschaften anschaut, habe sich viel getan, pflichtet ihm Kalpona Akter bei. «Aber wenn wir schauen, welchen dieser Gewerkschaften es auch gelingt, Gesamtarbeitsverträge auszuhandeln, dann sind das einzelne wenige.»

Die Vorkommnisse Ende 2016 in Ashulia hätten exemplarisch gezeigt, «was geschieht, wenn die Arbeiterinnen ihre Rechte einzufordern versuchen». Tausende Textilarbeiterinnen und -arbeiter waren damals im Vorort von Dhaka mit der Forderung, dass ihr Lohn verdreifacht wird, in Streik getreten. Fabrikbesitzer und die Polizei gingen gewaltsam gegen sie vor; weit über Tausend von ihnen wurden entlassen, mehrere Gewerkschafterinnen und Aktivisten inhaftiert. «Die Niederschlagung der Proteste vom Dezember 2016 hat uns in unserem Kampf für die Rechte der Arbeiterinnen um zwei Jahre zurückgeworfen», sagt Kalpona Akter, die einst selbst als gerade mal 16-jährige Textilarbeiterin gefeuert und auf eine schwarze Liste gesetzt wurde, weil sie sich für die Rechte der Arbeitenden eingesetzt hatte. «Das geschieht heute genauso wie damals.»

Kampf um höhere Löhne

Die wichtigste unerfüllte Forderung der Textilarbeiterinnen in Bangladesch bleibt – wie an fast allen Produktionsstandorten der globalen Modeindustrie – jene nach einem existenzsichernden Lohn. Und so ist die Lohnfrage auch zu einem Indikator geworden, ob Rana Plaza auch jenseits der Gebäudesicherheit eine grundlegende Umwälzung in der Textilindustrie einleiten wird. Nach dem Einsturz des Fabrikgebäudes wurde in Bangladesch der monatliche Mindestlohn, der für die meisten Arbeiterinnen auch der reale Lohn ist, relativ rasch von 3000 auf 5300 Taka – gut 60 Schweizer Franken – erhöht. Doch seither hat die Teuerung den Grossteil des Lohnanstiegs bereits

wieder aufgefrischt. Anfang 2018 hat die Regierung nun eine Kommission eingesetzt, die einen neuen Mindestlohn bestimmen soll. Die Gewerkschaften fordern eine sofortige Erhöhung auf 16 000 Taka (182 Franken). Das ist noch nicht einmal die Hälfte der 37 661 Taka oder 430 Franken, die die *Asia Floor Wage Alliance* als Existenzlohn für Bangladesch berechnet hat.

Kalpona Akter befürchtet dennoch, dass die Forderung nicht annähernd erfüllt werden wird. «Wir sind deshalb besorgt, dass es Mitte oder Ende dieses Jahres wieder zu Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und Fabrikbesitzern auf der einen und Arbeiterinnen und Arbeitern auf der anderen Seite kommen

«Ich bin sicher, dass keine der Firmen Bangladesch verlassen wird», sagt Amirul Haque Amin. «Wo sollen sie denn hingehen?»

könnte. Dass die eine oder andere von uns im Gefängnis landet.» Sie sass 2010 aufgrund von falschen Anschuldigungen selbst in Haft, ihr Kollege Aminul Islam wurde 2012 unter bis heute ungeklärten Umständen ermordet.

Unbegründete Furcht

«Wenn wir höhere Löhne fordern, ist hier immer schnell davon die Rede, dass wir Teil einer Verschwörung seien, mit anderen Ländern zusammenarbeiteten, um die Textilindustrie in Bangladesch zu zerstören. Aber die Frage, wie die Arbeiterinnen mit diesen Löhnen überleben sollen, wird nie gestellt», sagt Kalpona Akter. Weder sie noch Amirul Haque Amin halten die Drohung, dass die Industrie abziehen werde, für realistisch. «Ich bin sicher, dass keine der Firmen Bangladesch verlassen



15.10.2015

Die Auszahlung der finanziellen Wiedergutmachung an die Betroffenen ist vollständig abgeschlossen.

12.12.2016

Textilarbeiterinnen und -arbeiter in Ashulia treten in Streik. In friedlichen Demonstrationen fordern sie eine Erhöhung des Mindestlohns von 5300 auf 15 000 Taka (171 Franken). Die Proteste werden von Fabrikbesitzern und der Polizei brutal niedergeschlagen. Mehr als 2000 Angestellte werden entlassen, Aktivistinnen und Gewerkschafter verhaftet.

29.06.2017

Eine dreijährige Verlängerung des Accords wird vereinbart.



Immer weiter: Eine Näherin in einer Fabrik in der Nähe des Rana-Plaza-Gebäudes, kurz nach dessen Einsturz.

© GMB Akash/Panos

wird. Wo sollen sie denn hingehen?», fragt er. Falls das Lohnniveau in Bangladesch dereinst irgendwann tatsächlich deutlich höher sein werde, sagt sie, «geht die Textilindustrie vielleicht woanders hin, und eine neue Technologie siedelt sich in Bangladesch an, die Informationstechnologie etwa, die Autoindustrie oder irgendeine andere. Und vielleicht werden unsere Söhne und Töchter auch einfach nicht mehr bereit sein, unter solchen Bedingungen und zu solchen Löhnen zu arbeiten.»

«Wir wollen würdevolle Jobs»

So tragisch der Einsturz von Rana Plaza 2013 war und so steinig die fünf Jahre danach: Für Gewerkschafterinnen und Aktivisten weltweit ist Rana Plaza ein Auftrag, den

Kampf für Arbeitsrechte von Textilarbeiterinnen mit voller Kraft fortzusetzen und die Katastrophe zu einem Point of no Return für die Modeindustrie zu machen. Seit Rana Plaza sei viel geschehen, sagt Admiral Haque Amin, «aber es bleibt auch noch viel zu tun». «Wir sind vor bald dreissig Jahren mit dem Ziel angetreten, die globale Textilindustrie grundlegend zu verändern. Das ist nicht etwas, das du in ein paar wenigen Jahren erreichst», sagt Ineke Zeldenrust. «Was wir wollen, sind würdevolle Jobs», sagt Kalpona Akter. «Wenn unsere Arbeiterinnen einen Existenzlohn erhalten und sich frei in Gewerkschaften organisieren können, und wenn niemand mehr bei einem Fabrikunfall stirbt, dann, würde ich sagen, haben wir viel erreicht.»



© AP

03.07.2017

Bei der Explosion eines Boilers in der Fabrik Multifabs Ltd. sterben zehn Menschen.

25.01.2018

Gewerkschaften in Bangladesch fordern die Anhebung des seit fünf Jahren unveränderten Mindestlohns von 5300 auf 16 000 Taka (182 Franken).

Diskussion in Bern

Ineke Zeldenrust wird uns am 26. Mai aus Anlass unseres 50-Jahr-Jubiläums in Bern beehren. Im Festsaal des Hotels National wird sie sich ab 19:30 Uhr mit vier weiteren Gästen – unter anderem dem Autor Lukas Bärfuss und der Anwältin Carolijn Terwindt – zur «Rolle und Zukunft der Zivilgesellschaft in unserer globalisierten Wirtschaftswelt» unterhalten (siehe Artikel auf Seite 27).

Neues von Gunvor – wie man sich eine Lieferung vor deren Ausschreibung sichert



Die Bundesanwaltschaft ermittelt seit letztem Jahr gegen die Rohstoffhandelsfirma Gunvor wegen verdächtiger Geschäfte im Kongo. Nun muss sich das Genfer Unternehmen auch für eine Rohöllieferung rechtfertigen, die es sich in der Elfenbeinküste unter zweifelhaften Bedingungen gesichert hat. Der schon aus unserer Recherche zu Gunvor im Kongo bekannte Vermittler Olivier Bazin gibt zu, von Gunvor für die Einfädelung des Deals bezahlt worden zu sein – während der Konzern damals behauptete, jegliche Beziehung mit dem dubiosen Geschäftsmann abgebrochen zu haben.

TEXT: MARC GUÉNIAT

Die Wolken über Gunvor verdunkeln sich. Seit Mai 2017 wird gegen das Genfer Unternehmen wegen Korruption im Zusammenhang mit Geschäften in Kongo-Brazzaville ermittelt.¹ Nun steht der Konzern, der vom finnisch-russischen Oligarchen Gennadi Timtschenko und vom Schweden Torbjörn Törnqvist gegründet wurde, auch wegen eines Öllieferungsvertrags in der Elfenbeinküste im Visier der Bundesanwaltschaft. Das Geschäft wurde 2014 über die Filiale des Konzerns in Dubai abgewickelt, wie Public Eye von drei Quellen erfahren hat. Die Bundesanwaltschaft will die Information weder bestätigen noch dementieren.

Wir erinnern uns: Im Fall der mutmasslichen Schmiergelder für Geschäfte im Kongo hatte das Unternehmen stets den «abtrünnigen Mitarbeiter» Pascal C. beschuldigt, die zweifelhaften Zahlungen ohne Kenntnis und zum Nachteil seiner Vorgesetzten vorgenommen zu haben. Diese Version der Geschichte hatte solange Bestand, bis Public Eye im vergangenen September weniger schmeichelhafte Tatsachen ans Licht brachte. Unsere Recherche zeigte einerseits, dass mindestens sechs leitende Angestellte des Unternehmens sehr wohl über die mutmasslich korrupten Zahlungen an Vermittler informiert gewesen waren, die zwischen 2010 und 2012 die Tür zu den Mächtigen und den Märkten im Kongo öffneten. Andererseits enthüllten wir, dass Gunvor seine zweifelhaften Geschäfte auch weit nach der Entlassung von Pascal C. fortführte – nicht zuletzt, um 2014 wieder in den kongolesischen Markt zu kommen.

Der erfolglose Versuch dazu wurde im Frühling 2014 versteckt gefilmt. Die Videoaufnahme zeigt, wie ein Kadermann von Gunvor, Bertrand G., und der dubiose Mittelsmann Olivier Bazin einem Dritten einen Plan für Schmiergeldzahlungen präsentieren. Letzterer, der sich «André» nennt, bezeichnet sich selbst als «Bruder» von Denis Christel Sassou-Nguesso – dem kongolesischen Präsidentensohn und damals allmächtigen Gebieter über die Erdölverkäufe.²

Der mittlerweile ebenfalls entlassene Bertrand G. ist bisher die einzige natürliche Person, gegen die die Justiz wegen des Verdachts auf Korruption vorgeht. Doch Gunvor musste letzten September öffentlich einräumen, dass auch gegen das Unternehmen ermittelt wird – wegen «mangelhafter Organisation», dem einzigen Anklagepunkt des Schweizer Strafgesetzbuchs, mit dem Unternehmen und nicht nur Personen belangt werden können. Doch ein wirkliches Eingeständnis war das nicht: Der Konzern blieb bei seiner Verteidigungsstrategie und beschuldigte fortan statt einem einfach zwei «abtrünnige Mitarbeiter»; Pascal C. und Bertrand G.

Wie im Kongo, so in der Elfenbeinküste

Auf Anfrage von Public Eye bestätigt Gunvor, dass sich die Schweizer Justiz, die im Besitz zahlreicher E-Mails, Briefe und Verträge ist, auch für die Elfenbeinküste interessiert. Das Unternehmen räumt zwar ein, es sei zu «Dysfunktionen» gekommen, beteuert aber, dass auch

die Probleme beim Deal in der Elfenbeinküste mit den Machenschaften seiner beiden ehemaligen Angestellten, insbesondere jenen von Bertrand G., zusammenhängen. Wir zeigen hier die Fakten auf, welche die Neugier der Bundesanwaltschaft geweckt haben.

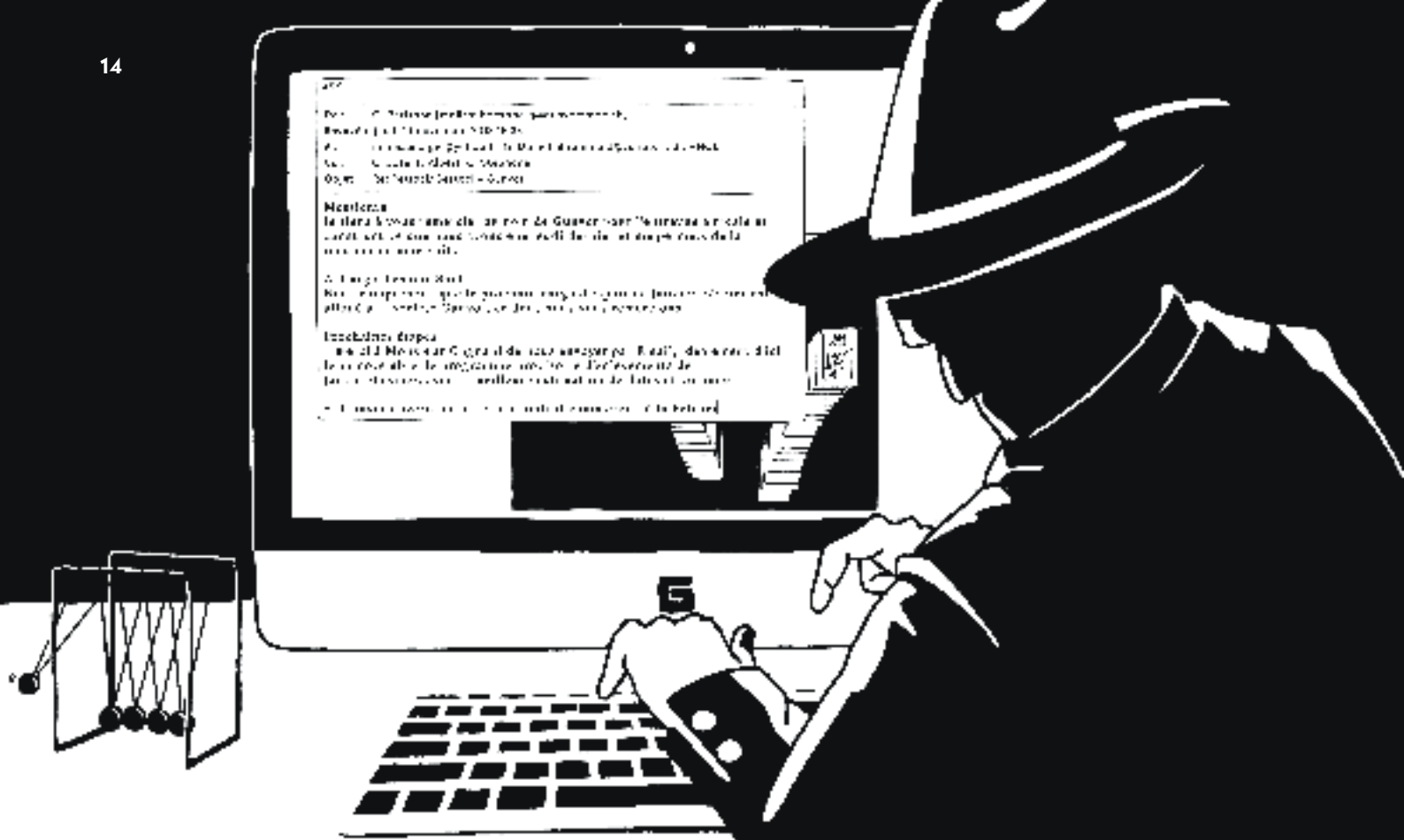
Hauptsache ausgeschrieben

Am Freitag, dem 10. Januar 2014 erhält der in Dubai ansässige Gunvor-Trader Stéphane C. um 17:44 Uhr eine E-Mail. Eine Kopie geht an die Gunvor-Leute Bertrand G., Benoît T. und José Orti, den Verantwortlichen der Abteilung Rohöl. In diesem Schreiben teilt Petroci, die staatliche Ölgesellschaft der Elfenbeinküste, dem Genfer Unternehmen die frohe Kunde mit, dass es «Auftragnehmer der besagten Espoir-Lieferung gemäss Ihrem letzten, untenstehend aufgeführten Angebot» sei. Der Handelsvertrag werde «in den kommenden Tagen» zum Abschluss gebracht, schreibt Laurent Ligue, Vorsteher des Trading-Departements von Petroci. Zwischen dem 9. und dem 11. März sollen die 650 000 Barrel Rohöl aus dem Ölfeld Espoir, die zum Teil von Gunvor bereits vorfinanziert sind, geladen werden. Die Nachricht wird die Gunvor-Führung gefreut haben. Doch überrascht konnte sie kaum sein.

Zwei Monate zuvor hat Bertrand G. in einer Nachricht an Petroci zusammengefasst, was offenbar bei einem Gespräch in der Vorwoche vereinbart wurde: «Wir verstehen, dass die nächste Espoir-Lieferung [...] an die Firma Gunvor geht und bedanken uns dafür.» Wie der Email-Austausch, in den wir Einblick hatten, zeigt, entkräftet Petroci diese Aussage in ihrer Antwort nicht, sondern dankt Gunvor und kündigt an, wieder auf das Unternehmen zuzukommen, wenn das Ladedatum bekannt sei. Das Mail von Petroci ist datiert vom 18. November. Erst am 27. Dezember, also knapp sechs Wochen später, wird der Auftrag dann offiziell ausgeschrieben! Als José Orti per Mail von der offiziellen Ausschreibung erfährt, schreibt er nur zwei Wörter an seine Gunvor-Kollegen: «No comment.»

Der Vermittler Olivier Bazin, der an diesem Deal massgeblich beteiligt war, erklärt dieses Vorgehen so: «Heute müssen Ausschreibungen gemacht werden. Wenn nun ein Minister mit einer bestimmten Gesellschaft arbeiten möchte, sagt er ihr: «Ich habe mit zwei, drei anderen Unternehmen gesprochen, arrangiert euch mit ihnen.» Das sei «eine Form von Kartellabsprache», bei der die Konkurrenten nicht mit allen Mitteln versuchten, den Zuschlag zu erhalten – wissend, dass sie bei der nächsten Ausschreibung an der Reihe sein könnten.

Heute räumt Gunvor «nach einer Prüfung der Situation» ein, dass das Vorgehen «nicht der Art und Weise» entspreche, wie das Unternehmen Geschäfte tätige. «Das in dieser Korrespondenz beschriebene Verhalten erfüllt Gunvors Erwartungen und Standards nicht.» Der Konzern legt jedoch Wert darauf, dass Petroci eine Ausschreibung durchgeführt habe, und warnt, man werde gegen jede Un-



terstellung betreffend einer möglichen Illegalität der Transaktion vorgehen. Gunvor teilt auch mit, bei der besagten Rohöllieferung eine Gewinnspanne von weniger als einem Prozent erzielt zu haben – eine durchaus normale Marge.

Intensive Lobbyarbeit

Klar ist: Gunvor hatte keine Mühen gescheut, um sich diese Lieferung zu sichern. Von Dubai aus hat Stéphane C. Treffen in Paris und Abidjan organisiert – mit dem ivorischen Erdölminister Adama Toungara und, was überraschender ist, auch mit dem Innenminister Hamed Bakayoko. Letzterer hat eigentlich nichts mit Erdöl zu

Heute räumt Gunvor ein, das Vorgehen entspreche «nicht der Art und Weise», wie man Geschäfte tätige.

tun. Doch in einem Schreiben vom 12. September 2013 beklagt sich Stéphane C. dennoch bei ihm, dass der Erdölminister nicht auf Gunvors Avancen für eine «strategische Partnerschaft Côte d'Ivoire – Gunvor» eingegangen sei.

Wenige Wochen nach diesem Brief hat man offenbar eine Lösung gefunden – nachdem Gunvor «seit drei Jahren versucht hatte, in die Elfenbeinküste zurückzukehren», wie Olivier Bazin erklärt. Nun gelingt es – mit Bazins Hilfe. Der Mittelsmann mit bewegter Vergangenheit bestätigt, dem damaligen Innenminister nahezuste-

hen, der eine wichtige Stütze der Regierung von Präsident Ouattara ist und heute dem Verteidigungsdepartement vorsteht. «Ich habe ihn 2011, 2012 kennengelernt», sagt er.

Gemäss Gunvor sind solche Kontakte nichts Ungewöhnliches: «Unsere Angestellten treffen sich häufig mit Ministern des Innen-, Handels-, Verteidigungs-, Kommunikations- oder anderer Departemente», teilt das Unternehmen mit.

Die zweite Schiene der Lobbyarbeit lief über die Firma Petro-Consulting Abidjan. Obwohl sie in der Welt des Erdöls niemand kennt, erhielt sie von Gunvor viel Geld. In den Dokumenten, in die Public Eye Einsicht hatte, ist eine Zahlung von 200 000 Dollar an die Firma aufgeführt – überwiesen am 14. April 2014 von der BNP Paribas in Dubai auf ein Konto in Abidjan. In einer E-Mail von Adrien J., einem weiteren Angestellten in Dubai, wird eine zweite Zahlung an Petro-Consulting Abidjan vom 28. April erwähnt. Gunvor bestätigt, in zwei Schritten 404 000 Dollar an das Unternehmen überwiesen zu haben – dafür, Gunvors Position gegenüber Petroci zu stärken.

Der Vertrag, den Gunvor vor der Ausführung der Zahlungen mit Petro-Consulting Abidjan abgeschlossen hat, ist mit Antikorruptionsklauseln versehen. Was allerdings erstaunt: Er wird erst mehrere Wochen, nachdem das Erdöl geladen wurde, unterzeichnet.

Ein «Freund» als Strohhalm

Wer also steckt hinter Petro-Consulting Abidjan? Auf dem Papier sind es zwei Männer. Einerseits der Ivorer Arthur Gervais K., der seltsame Geschäftspraktiken zu

Vom einen Präsidenten zum nächsten

Gunvor setzte in Abidjan lange auf den Vermittler Olivier Bazin – trotz dessen zweifelhafter Vergangenheit. Und trotz internationaler Sanktionen machte der Konzern Geschäfte mit Laurent Gbagbo. Als der ivorische Präsident gestürzt wurde, galt es, rechtzeitig die Seite zu wechseln.

Olivier Bazin ist bereits lange vor 2014 für Gunvor aktiv. Die langjährige Zusammenarbeit beginnt 2007 in Angola – vermittelt durch den Genfer Banker François Rouge, der 2013 wegen organisierter Geldwäscherei in Verbindung mit der korsischen Mafia verurteilt wurde. 2008 sitzen Rouge und Bazin in Frankreich auf der Anklagebank, Letzterer wegen der «Bildung einer kriminellen Vereinigung mit der Absicht, Morde, Erpressungen und Korruption zu begehen». Bazin wird freigesprochen. Im nachfolgenden Jahr wird er, ebenfalls in Frankreich, wegen Goldwäsche im Auftrag von Ali Bongo, dem Sohn des damaligen gabunischen Präsidenten Omar Bongo, verurteilt.

Doch dies scheint Gunvor herzlich wenig zu kümmern. Der Konzern nimmt Bazins Dienste zwischen 2008 und 2011 in Anspruch, um Rohöllieferungen in der Elfenbeinküste an Land zu ziehen. Bazin erklärt gegenüber Public Eye: «Ich habe direkt mit [Laurent] Gbagbo Geschäfte gemacht.»

Handeln mit Pässen und Rohöl

Zu diesem Zeitpunkt arbeitet Bazin für das belgische Unternehmen Semlex, das auf die Einrichtung und Verwaltung biometrischer Datenbanken spezialisiert ist. Dieser Bereich hat zwar per se keine besondere Verbindung zum schwarzen Gold. Dennoch ernennt Gunvor Semlex im März 2008 zu seinem offiziellen Vertreter in der Elfenbeinküste und entlohnt die Firma dafür grosszügig – einer gut informierten Quelle zufolge mit Summen in Millionenhöhe.

Dann aber kommen die politischen Erschütterungen dem dank Semlex und Bazin zustande gekommenen Bündnis zwischen Gunvor und der Elfenbeinküste in die Quere. Im Dezember 2010 geht Alassane Ouattara bei den Präsidentschaftswahlen als Gewinner hervor. Laurent Gbagbo akzeptiert seine Niederlage nicht und stürzt das Land in einen blutigen Bürgerkrieg. Der UN-Sicherheitsrat spricht Sanktionen gegen den Gbagbo-Clan aus. Am 19. Januar 2011 ordnet die Schweiz die Blockierung von Vermögen zahlreicher Personen und Unternehmen an, die mit dem ehemaligen Regime in Verbindung stehen. Auf der Liste befindet sich auch die staatliche Erdölgesellschaft Petroci, da sie «zur Finanzierung der unrechtmässigen Regierung von Laurent Gbagbo» beitrage.

Geschäfte während des Bürgerkriegs

Die militärische und politische Situation des Landes hält Gunvor nicht davon ab, im März 2011 eine Lieferung der Gbagbo-Regierung anzunehmen, die dringend finanzielle

Mittel benötigt. Doch Gbagbo wird das Geld nie erhalten. Am 11. April wird er verhaftet. «Ich glaube, [das Öl] wurde am Sonntag gepumpt und er wurde am Montag gestürzt», erinnert sich Olivier Bazin. Gunvor zeigt sich anpassungsfähig und bezahlt stattdessen einfach die Regierung Ouattara für den Bezug von 1,6 Millionen Barrel, den es mit der Regierung Gbagbo ausgehandelt hat. Im Mai bezahlt Semlex einem Mittelsmann 300 000 Dollar für die Einföhlung des äusserst lukrativen Deals. Die Agentur Africa Intelligence spricht von einer fantastischen Marge von elf Dollar pro Barrel (Standard sind 0,4 bis 0,6 Dollar), also insgesamt 17,6 Millionen Dollar. Für den Konzern kein Problem, schliesslich habe man ja «die rechtmässig gewählte Regierung» bezahlt. Er stellt klar, er respektiere die internationalen Sanktionen, die seine Tätigkeiten betreffen.



pflegen scheint: So hat ein Handelsgericht in Abidjan festgestellt, dass er Dokumente gefälscht hat, um sich eine Firma mit dem Namen «La maison du peintre» anzueignen. Der zweite Teilhaber ist der Franzose Claude Mercier, der früher für die Ölfirma Elf tätig war. Doch waren die Zahlungen von Gunvor wirklich für sie bestimmt?

Es ist zu vermuten, dass die beiden lediglich als Strohmänner fungierten. Erstens bestätigt Olivier Bazin selbst, dass er am Deal beteiligt war – und dass er für seine Dienste 200 000 Dollar eingestrichen habe. Dass er involviert war, legen auch die E-Mails nahe, in die wir Einsicht hatten. Warum sonst hätten ihm Gunvor-Leute zahlreiche Nachrichten in Zusammenhang mit der Espoir-Lieferung weiterleiten sollen? Zweitens zeigt ein Dokument im Besitz der Bundesanwaltschaft, dass die Finanzbehörde der Seychellen 2011 feststellte, dass Mercier Bazin als Strohmännchen gedient hatte, als dieser im Gefängnis sass. «Es stimmt, dass er mir behilflich war», sagt Bazin. Mercier sei nicht sein Partner, sondern «mein Angestellter. Und ein Freund». Aus E-Mails geht schliesslich etwas weiteres Erstaunliches hervor: Während Mercier eigentlich für Gunvor in der Elfenbeinküste tätig sein sollte, lebte er tatsächlich in Mosambik.

An wen ging das Geld?

Die Tatsache, dass Gunvor offenbar Olivier Bazin bezahlt hat, macht stutzig. Als Mediapart 2014 Details des Deals in der Elfenbeinküste ans Licht brachte, behauptete Gunvor, im Jahr zuvor jeglichen Kontakt zu Olivier Bazin abgebrochen zu haben, weil er «den Compliance-Test nicht bestanden» habe.³ Doch es gibt keinen Zweifel da-

ran, dass Olivier Bazin auch danach für Gunvor tätig war, sowohl in der Elfenbeinküste als auch im Kongo.

Versuchte der Konzern, die anhaltende Beziehung zum dubiosen Geschäftsmann zu vertuschen, oder hat seine Compliance-Abteilung schlichtweg nicht bemerkt, dass sich hinter Petro-Consulting Abidjan Olivier Bazin verbarg? Der Konzern beteuert, er sei zum Zeitpunkt, als er von Mediapart kontaktiert wurde, davon überzeugt gewesen, dass der Deal in der Elfenbeinküste seinen «Verfahren zur Konformitätsprüfung» genügt habe und dass Olivier Bazin als Vermittler «nicht mehr involviert war». Die in der Vergangenheitsform formulierte Aussage lässt vermuten, dass Gunvor sich der Sache mittlerweile nicht mehr ganz so sicher ist.

Ein Dokument zeigt, dass Gunvor sogar ein Unternehmen damit beauftragt hat, Petro-Consulting Abidjan zu analysieren. Offenbar hat auch dieses keine Nachweise für Olivier Bazins Rolle gefunden – während die Gunvor-Angestellten ihm gleichzeitig die Mails betreffend der Espoir-Lieferung weiterleiteten.

Die entscheidende Frage ist: Waren die Zahlungen von Gunvor an Petro-Consulting letztendlich indirekt für Hamed Bakayoko bestimmt? Einer Quelle zufolge soll der Ivorer Idriss Karamoko eine Kommission erhalten haben. Er wohnt in Paris, wo er den Alizé Club betreibt. Seine Nähe zum derzeitigen Verteidigungsminister ist offenkundig: Bakayokos Ehefrau und seine Privatsekretärin besetzten Führungspositionen im hippen Club des 15. Pariser Arrondissements. Gunvor dagegen gibt an, nichts von Idriss Karamokos Existenz zu wissen. Olivier Bazin seinerseits schwört, dass kein ivo-

Bundesrat muss Geldwäscherei-Risiko bei Handelstätigkeiten untersuchen

Aus Bern hat uns eine angenehme Überraschung erreicht: Der Ständerat hat am 7. März mit grosser Mehrheit ein Postulat von Anne Seydoux-Christe (CVP) angenommen. Darin fordert die jurassische Ständerätin vom Bundesrat die Veröffentlichung eines Berichts über «die Wirksamkeit der indirekten Aufsicht über die Handelstätigkeiten der Finanzintermediäre unter dem Blickwinkel der Geldwäschereibekämpfung». Bisher hat die Regierung stets bestritten, dass es nötig sei, den Rohstoffhandel spezifisch zu regulieren, und argumentiert, die Handelstätigkeiten unterlägen indirekt der Aufsicht durch die Banken, die Kredite zur Finanzierung von Rohstoffgeschäften vergeben.

Der Vorstoss nimmt direkten Bezug auf Public Eyes Bericht über Gunvors Tätigkeiten im Kongo, der eine ganz andere Realität zeigt als der Bundesrat. Zahlreicher Unregelmässigkeiten zum Trotz schlugen in diesem Fall weder die Bank BNP Paribas, die Gunvor 500 Millionen Dollar vorstreckte, noch die Clariden Leu, welche die Konten der Vermittler betreute, Alarm.

Der Bundesrat hatte das Postulat zur Ablehnung empfohlen – ohne Erfolg. Nun hat er zwei Jahre Zeit, um einen Bericht vorzulegen, der hoffentlich einen Beitrag zu dieser wichtigen Diskussion leisten wird.

rischer Beamter bezahlt wurde: Mit seinen 200 000 Dollar Entschädigung, sagt er (wobei insgesamt mindestens 404 000 an Petro-Consulting bezahlt wurden), habe er «schlichtweg niemanden anderen bezahlen können. Das ist ein normaler Lohn für ein Jahr Arbeit, für eine 100-Millionen-Lieferung», sagt er. Es gehe hier nicht um Summen wie im Rahmen der Verträge mit der Republik Kongo, «wo schwindelerregend hohe Kommissionen an Vermittler bezahlt worden sind. Da hat Korruption stattgefunden, das ist klar», sagt er unverblümt. In der Elfenbeinküste aber sei es nur zu einer einzigen Lieferung gekommen. «Wäre Korruption im Spiel gewesen, hätte Gunvor weitere Lieferungen erhalten», sagt Bazin. «Petro-Consultings Hauptaufgabe bestand darin, Gunvor wieder mit den ivoirischen Behörden in Verbindung zu bringen.»

Die Justiz muss urteilen

Unsere Informationen reichen nicht aus, um zu beurteilen, ob tatsächlich unrechtmässige Zahlungen geleistet worden sind. Das zu untersuchen, ist Aufgabe der Justiz. Aber der Vertrag mit der Elfenbeinküste zeigt erneut, dass Gunvor zumindest bis 2014 an zweifelhaften Prak-

tiken festhielt, um an lukrative Märkte zu kommen. Gunvors Compliance-Abteilung ist es offensichtlich nicht gelungen, Olivier Bazin hinter Petro-Consulting Abidjan auszumachen. Man kann entsprechend daran zweifeln, dass Gunvor bei Geschäftsabschluss in der Lage war, jegliche Korruptionsrisiken auszuschliessen. ■

¹Lesen Sie dazu unsere Recherche online:

«Gunvor im Kongo. Öl, Schmiergeld, Politik. Die Abenteuer einer Genfer Firma in Brazzaville. Eine Geschichte in sechs Akten»: www.gunvorimkongo.publiceye.ch

²Denis Christel Sassou-Nguesso, der auf den Spitznamen «Kiki» hört, wurde als stellvertretender Generaldirektor der staatlichen Erdölgesellschaft entlassen, als der Internationale Währungsfonds in der zweiten Jahreshälfte 2017 die Bedingungen eines finanziellen Rettungsplans für die Republik Kongo prüfte, die nicht zuletzt aufgrund ihrer finanziellen Verpflichtungen gegenüber den Schweizer Handelsfirmen Trafigura und Glencore stark verschuldet ist.

³Mediapart, «Le géant pétrolier Gunvor menacé par un scandale de corruption en Côte d'Ivoire», 7.11.2014.



Compliance bei Gunvor

Im Frühling 2017 wollte Gunvor nicht auf die detaillierten Fragen eingehen, die Public Eye vor Erscheinen des Berichts über den Kongo an das Unternehmen gerichtet hatte. Diesmal hingegen legt der Konzern Wert darauf, seine eigene Version der Tatsachen präzise darzulegen – und die Anstrengungen, die er unternommen habe, um eine Wiederholung der leidigen Vorfälle im Kongo und der Elfenbeinküste zu verhindern.

Die erste Massnahme: Das Handelsunternehmen bezeugt, es habe den Erwerb von Rohöl sowohl in der Elfenbeinküste als auch in Kongo-Brazzaville einge-

stellt. Insgesamt gesehen mache Afrika nur fünf Prozent seines Umsatzes aus. Ausserdem habe man mit der Einführung «robuster» Compliance-Verfahren auf die Geschehnisse reagiert.

Gunvor schule seine Trader jedes Jahr in Sachen Antikorruptionsvorschriften und mandatiere externe Firmen mit der Beurteilung der Vertragspartner und der Agenten, die für sie Ölverträge aushandeln. Zudem habe der Konzern eine für interne Audits zuständige Abteilung geschaffen.

Das vergiftete Paradies

Kauai wird auch die Garteninsel genannt, wegen ihrer üppigen Wälder, der Wasserfälle und der Traumstrände. Doch hinter der Postkartenidylle verbirgt sich das weltgrößte Openair-Testlabor für gentechnisch veränderte Organismen. Jahr für Jahr versprühen hier die Agrochemie-Multis, darunter der Schweizer Konzern Syngenta, tonnenweise giftige Substanzen. Die Konsequenzen tragen die Einheimischen – und insbesondere die Kinder.

TEXT: LAURENT GABERELL

Kauai, die kleinste Insel des Hawaii-Archipels, liegt inmitten des Pazifiks. Im Westen der Insel haben sich drei Giganten ausgebreitet. Giganten der Agrochemie. Auf über 6000 Hektaren testen Syngenta, BASF und Dow-DuPont ihre Pestizide und entwickeln das Saatgut von morgen. Konkurrentin Monsanto besetzt ihrerseits 1600 Hektaren auf der Insel vis-à-vis.

Innerhalb weniger Jahre hat sich der Inselstaat Hawaii zu einer wahren Hochburg der Agrochemie entwickelt. Das ideale Klima macht bis zu vier Ernten pro Jahr möglich. Entsprechend rascher können neue Pflanzensorten entwickelt und dann auch auf den Markt gebracht werden. Neunzig Prozent des in den USA angepflanzten Genmais-Saatguts etwa wurde auf dem Inselstaat entwickelt. Jährlich werden rund hundert Feldversuche bewilligt.

Hochgiftige Produkte ...

Am häufigsten getestet wird die Resistenz auf Pestizide. Dafür bringen die Konzerne riesige Mengen davon aus: Alleine auf der Insel Kauai sind es 36 Tonnen Schädlingsbekämpfungsmittel pro Jahr. Die Hälfte davon sind Pestizide, deren Verwendung «eingeschränkt» ist, die also «Otto Normalverbraucher» nicht benutzen darf, weil sie hochgiftige Wirkstoffe enthalten – etwa Paraquat, Atrazin oder Chlorpyrifos.

Die Unternehmen sprühen die Giftstoffe bis zu 15 Mal pro Tag aus, an 300 Tagen im Jahr. Die Mengen pro

Hektar liegen bis zu zehn Mal über dem US-amerikanischen Durchschnitt, bei den Insektiziden erreichen die Werte sogar das 17-Fache! Laut Paul Koberstein, einem bekannten US-amerikanischen Investigativjournalisten, sind Teile der Insel Kauai zu «einer der giftigsten Agrarlandschaften der amerikanischen Landwirtschaft» geworden.

... direkt neben den Schulen

Das Städtchen Waimea ist von Testfeldern umgeben und so den Pestiziden besonders ausgesetzt. Die Distanz zwischen Schulen und Feldern beträgt teilweise weniger als hundert Meter. Zwischen 2006 und 2008 mussten bei mehreren Vorfällen Schulen evakuiert und zahlreiche Kinder ins Spital eingeliefert werden.

Syngenta weigerte sich, den Namen der verwendeten Produkte bekanntzugeben, und nannte als Ursache für die Vorfälle eine tropische Pflanze, die Cleome gynandra. Doch am Standort der Schule genommene Luftproben zeigten Spuren dreier gefährlicher Pestizide: Chlorpyrifos, Metolachlor und Bifenthrin. In den Brunnen fand man zudem Atrazin.

Ob im Wasser, in der Luft oder im Boden: Die Pestizidrückstände sind überall. Der Wind trägt sie kilometerweit, rote Staubwolken voller giftiger Substanzen wirbeln von den Feldern zu den Häusern. Unter den Folgen leiden die Bewohnerinnen und Bewohner – und in erster Linie die Kinder.

2013 schlugen Ärztinnen und Ärzte Alarm. Sie unterzeichneten einen Appell, der auf die erschreckend hohe Anzahl an Kindern hinweist, die auf Kauai mit Missbildungen geboren werden. Die Rate liege zehnmal so hoch wie im Landesdurchschnitt. Eine der auf der Insel sehr häufig auftretenden Anomalien ist Gastroschisis: Die Kinder kommen mit dem Darm ausserhalb des Bauchraums zur Welt.

Die Ärzte und Ärztinnen weisen auch mit Nachdruck auf die zahlreichen Fälle von Kindern mit schweren Herzfehlern, fehlenden Gehörgängen oder Autismus hin. Auch Fehlgeburten werden Jahr für Jahr zahlreicher. Asthma, Migräne, Allergien und Infektionen der Atemwege gehören schon fast zur Norm.

Eine Untersuchungsdelegation der Regierung kommt zum Schluss, dass fünf Gesundheitsprobleme, die typischerweise im Zusammenhang mit Pestizidexposition stehen – Entwicklungsstörungen, Hyperaktivität und Aufmerksamkeitsdefizite, Diabetes und Fettleibigkeit –, im Westen der Insel Kauai besonders häufig auftreten. Doch mangels ausreichender Daten wird im Bericht kein Kausalzusammenhang zwischen Pestizidexposition und Gesundheitsproblemen der Bevölkerung hergestellt.

Starke Mobilisierung

Die Bewohnerinnen und Bewohner von Kauai werden aktiv. Sie verlangen Pufferzonen zwischen Versuchsfeldern und Wasserstellen, Schulen oder Krankenhäusern. Und sie fordern von den Konzernen, dass sie eine Liste der von ihnen verwendeten Pestizidarten und -mengen veröffentlichen.

Das ist schon zu viel für Syngenta und Konsorten, die sich davor fürchten, dass damit ein Präzedenzfall geschaffen würde. Als der lokale Abgeordnete Gary Hooser dem Insel-Parlament einen Gesetzesentwurf vorlegt, der die Forderungen berücksichtigt, wehren sich die Agrochemiekonzerne mit vereinten Kräften. Nach einer monatelangen Auseinandersetzung wird das Gesetz 2491 Ende Oktober 2013 schliesslich verabschiedet. Ein bedeutender Erfolg für die Bewohnerinnen und Bewohner. Doch die Pestizid-Lobby gibt sich noch nicht geschlagen.

Die Macht der Lobby

Die Multis bringen die Auseinandersetzung vors Gericht. Ihr Kernargument: Das Parlament von Kauai sei nicht berechtigt, ein Pestizidgesetz auf der Ebene des Bundesstaats Hawaii zu erlassen. Das Gericht gibt ihnen Recht und erklärt das Gesetz für ungültig.

Die Unternehmen setzen sich auf der ganzen Linie durch: Sie können weiterhin in aller Ruhe giftige Pestizide in der Nähe von Schulen und Spitälern versprühen und müssen die Geheimrezepte ihrer Produkte nicht bekanntgeben. Durch die Mobilisierung ihrer Lobbyisten und Lobbyistinnen schaffen sie es, jegliche Regulierungsversuche im hawaiianischen Parlament zu



Die Einheimischen fordern ihre Rechte ein: Proteste auf Kauai.

blockieren. Und Syngenta gelingt es gar, einen ehemaligen Mitarbeiter im Parlament von Kauai und eine frühere Angestellte im Komitee unterzubringen, das die Wasserqualität auf der Insel überwacht.

Aber die Einheimischen lassen sich nicht entmutigen. Am 14. Juni 2017 verklagt eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern Syngenta und den Bundesstaat Hawaii wegen Verletzung der Umweltschutzgesetze, insbesondere der Verpflichtung zur Durchführung einer Verträglichkeitsprüfung. Unter diesem Druck beschliesst das Parlament von Hawaii schliesslich doch, auf einen Antrag auf Änderung der Pestizidgesetzgebung einzutreten. Derzeit führt sie öffentliche Konsultationen durch. Gleichzeitig rufen Anwaltskanzleien Eltern von Kindern, die mit Missbildungen zur Welt gekommen sind, dazu auf, sich für eine Sammelklage gegen Pestizidhersteller bei ihnen zu melden.

Doch die Basler Firma scheint einen Weg gefunden zu haben, mit diesem Ungemach umzugehen: Im Mai 2017 überträgt sie all ihre Tätigkeiten in Hawaii der Firma Hartung Brothers. Diese fungiert in der Folge als Subunternehmen. Gleichzeitig eröffnet Syngenta feierlich einen neuen Versuchsstandort in Puerto Rico, wo die Agrochemie-Multis bereits heute über 5000 Hektaren Land verfügen. Die Isla del Encanto könnte das nächste vergiftete Paradies werden.

Verantwortungslose Versuche

Als Partnerin des Internationalen Filmfestivals und Forums für Menschenrechte in Genf stand Public Eye im März im Mittelpunkt einer lebhaften bis giftigen Debatte zu den Gefahren von Pestiziden – im Anschluss an die Vorführung eines Dokumentarfilms über die dramatische Lage auf der Insel Kauai auf Hawaii.

TEXT: MAXIME FERRÉOL

Es ist ein Thema, das bewegt. Das Theater Pitoëff in Genf ist voll am 13. März für diesen Abend unter dem Titel «Pestizide: Vergiftete Umwelt?» Auf dem Programm: Erst die Vorführung des Dokumentarfilms *Poisoning Paradise* über den Kampf der Bevölkerung der hawaiianischen Insel Kauai gegen die Riesen der Agrochemie (siehe vorangehende Doppelseite). Und dann eine Diskussionsrunde mit Experten aus unterschiedlichsten Lagern: Gary Hooser ist da, ehemaliger Parlamentsabgeordneter und derzeitiger Präsident der Hawaii Alliance for Progressive Action, der Hauptprotagonist im Widerstandskampf von Kauai. Für Public Eye sitzt Landwirtschaftsexperte Laurent Gaberell auf dem Podium, für die UNO deren Sonderberichterstatter für gefährliche Substanzen, Baskut Tuncak. Auch Syngenta hätte jemanden schicken sollen. Aber wenige Tage vor der Veranstaltung hat der Konzern abgesagt – und empfohlen, stattdessen Hank Campbell einzuladen, einen «unabhängigen Experten».

Kompromittierende Geldgeber

Doch Laurent Gaberell will keine Missverständnisse aufkommen lassen, wer sich hier mit ihm debattiert. Er zeigt anhand mehrerer vertraulicher Dokumente, wie «unabhängig» Campbell tatsächlich ist. Dessen Organisation American Council on Science and Health hat von zahlreichen Agrochemie-Multis finanzielle Unterstützung erhalten, unter anderem von Syngenta (siehe Zweittext). Als die Fronten einmal geklärt sind, kann die Debatte beginnen.

Hank Campbell beharrt darauf, Pestizide würden keine Gefahr für die Bevölkerung darstellen. Doch er hat einen schweren Stand. «Wieso machen die Unternehmen dann die Zusammensetzung der Cocktails nicht öffentlich, die sie auf Hawaii den ganzen Tag über versprühen?», fragt Gary Hooser. Syngenta & Co. brächten auf dem Boden rund um sein Dorf gigantische Mengen an Pestiziden aus, die in zahlreichen Ländern – darunter die Schweiz – längst verboten seien. Das einzige Ziel der Konzerne sei es, Pflanzen zu entwickeln, die gegen ihre Pestizide resistent seien, um die Verkäufe stetig zu steigern.

Menschliche Versuchskaninchen

Der UNO-Sonderberichterstatter vergleicht die Bevölkerung von Kauai mit «Versuchskaninchen». Was



Laurent Gaberell von Public Eye traf auf dem Podium in Genf unter anderem auf...

© Miguel Bueno



... Filmprotagonist Gary Hooser (l.) und «Wissenschaftler» Hank Campbell.

© Miguel Bueno

mit ihnen geschehe, komme Tests an Menschen gleich, ohne dass sie über ihre unfreiwillige Teilnahme informiert worden wären, geschweige denn ihr Einverständnis dazu gegeben hätten. Zahllose wissenschaftliche Studien hätten die verheerenden gesundheitlichen Auswirkungen von Pestiziden aufgezeigt und es müsse alles dafür getan werden, die negativen Effekte dieser gefährlichen Produkte auf die Bevölkerung zu verringern, sagt der UNO-Vertreter und bilanziert: «Bei der Anwendung der UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte hinkt die Agrochemie anderen Sektoren, einschliesslich der Rohstoffindustrie, um Jahre hinterher.»

«Eine Frage des gesunden Menschenverstands»

So kommen die Podiumsteilnehmer auf das Thema Unternehmensverantwortung zu sprechen. Laurent Gaberell zeigt auf, dass die von Public Eye mitinitiierte Konzernverantwortungsinitiative, die wohl 2019 vors Volk kommt, eine Sorgfaltpflicht gemäss der UNO-Leitprinzipien vorsieht, die Unternehmen zur Achtung der Menschenrechte verpflichtet. Verantwortungslose Tätigkeiten wie jene von Syngenta auf Hawaii könnten so verhindert werden. Für Baskut Tuncak ist die Sorgfaltpflicht schlicht «eine Frage des gesunden Menschenverstands» – und sollte längst Anwendung finden.

Hank Campbell und die nackte Wahrheit

Auf Vorschlag von Syngenta sass in Genf der «unabhängige Experte» Hank Campbell auf dem Podium – und verschaffte sich nach dem Abend im Kreise der «Feindinnen und Feinde der Wissenschaft» im Internet Luft.

TEXT: GÉRALDINE VIRET

Die Marschrichtung ist von Beginn weg klar: Hank Campbell ist gekommen, um «die Wissenschaft» zu repräsentieren, und zwar die wahre, also die, die «auf Beweisen beruht». Dass die Agrochemie-Multis die Welt jedes Jahr mit etwa drei Millionen Tonnen Pestiziden überziehen? Kein Grund zur Panik! Glyphosat? «Absolut ungefährlich.» Atrazin und Paraquat? «Nicht giftiger als Kupfersulfat», das im organischen Anbau verwendet werde.

Der Film *Poisoning Paradise*, der genügt der «wissenschaftlichen Strenge» dieses Mannes auf seiner noblen Mission nicht im Ansatz. «Praktisch nichts, was in diesem Film gesagt wird, ist wissenschaftlich haltbar.» Zudem sei der Film von einem «Kabinett von Anwälten» finanziert, und die meisten Interviewten seien ruchlose Klägerinnen und Kläger, die die Konzerne allein mit dem Ziel gängelten, Geld von ihnen zu erpressen. Die arme Syngenta wurde das Opfer eines gierigen «Aufstands»!

Relativ unabhängig

Danach gefragt, wie sich seine Organisation, der American Council on Science and Health, finanziert, rollt Hank Campbell mit den Augen. Der Verfechter der Wahrheit ist sich längst gewöhnt, auf den Bühnen der ganzen Welt angefeindet zu werden. «Wir erhalten Geld von Stiftungen und von Einzelpersonen wie Ihnen.» Und ab und an einen kleinen Zustupf von Seiten der Industrie vielleicht? Als die Moderatorin Maren Peters insistiert, mausert sich dieser strenge Wissenschaftler flugs zum wenig wählerischen Spendensammler: «Ich lade Syngenta ein, uns einen Scheck zu schicken. Wir akzeptieren das Geld von jedermann, ausser von Tabakfirmen», sagt er. Auch als er mit einem internen Dokument von 2013 konfrontiert wird, das zeigt, dass seine Organisation Hunderttausende von Dollar von Unternehmen wie Bayer, Chevron, Coca Cola, McDonald's, Syngenta und, ähm, Philipp Morris erhalten hat, lässt er sich nicht beirren: «Der American Council on Science and Health ist völlig unabhängig», bekräftigt er.

Weil es nicht reicht, etwas zu behaupten, um es zu beweisen, hat Hank Campbell starke Argumente im Gepäck. Oder besser: am Körper. «Jedes Mal, wenn ich beschuldigt werde, im Dienste multinationaler Konzerne zu stehen, ziehe ich ein Kleidungsstück aus», droht er, auf dessen T-Shirt «science is not a corporate conspiracy» geschrieben steht. Es ist das Motto seiner Organisation, die 1978 gegründet wurde, um «Junk-Wissen-

schaft» zu bekämpfen und die «wahre Wissenschaft» in Politik und Öffentlichkeit zu fördern. Das Problem, aus ihrer Sicht: Aus Kalkül oder aus Unwissenheit neigen NGOs wie Public Eye dazu, die Gefahr von Pestiziden und genveränderten Organismen und Junkfood und all den anderen Früchten der Wissenschaft und des Fortschritts gnadenlos zu übertreiben, die den multinationalen «Freunden» des American Council on Science and Health derart viel in die Kassen spülen. Dabei, wenn Syngenta eine kleine, beruhigende Studie über die Unbedenklichkeit von Atrazin benötigt, brauchen sie doch nichts weiter zu tun als – ein bisschen was zu bezahlen...

Alle Teil des Komplotts

Nach dem Anlass verschafft sich Hank Campbell auf seinem Blog Luft. Unter dem Titel «I Was On A Film Panel Devoted to Hating Science» berichtet er – mit aller wissenschaftlichen Strenge, die dieser Titel suggeriert – vom Abend. Er sei Opfer einer von der «Anti-Wissenschafts-Organisation» Public Eye und der Moderatorin Maren Peters «orchestrierten» Inszenierung geworden, schreibt er. Im Saal hätten Aktivistinnen und Aktivisten gesessen, die eingeladen worden seien, um ihn und die Wissenschaft auszubuhnen. Kein Wunder also, dass ein «landwirtschaftliches Unternehmen» wie Syngenta (klingt so viel besser als «Agrochemie-Multi», nicht?), das damit beschäftigt ist, den Hunger in der Welt zu bekämpfen, nicht bereit war, «ein Opferlamm» nach Genf zu schicken, um es von den «Feinden der Wissenschaft» «abschlachten» zu lassen.

Ein fundiertes Votum

Wenn wir zum Schluss auch noch etwas unverschämt sein wollten, könnten wir sagen: Das einzige «wissenschaftlich fundierte» Votum, das Hank Campbell an diesem Abend abgegeben hat, war wohl die Aussage, dass ihn «niemand im Theater Pitoöff nackt sehen» wolle. Aber angesichts der menschlichen und ökologischen Schäden, die giftige Pestizide anrichten, scheint es uns doch legitim, «unabhängigen Wissenschaftlern», die ihre Glaubwürdigkeit an Syngenta und andere Agrochemie-Multis verkaufen, etwas die Hosen herunterzulassen. ■

¹ Alle Zitate von Hank Campbell sind aus dem Englischen übersetzt.

Wichtiger Entscheid gegen zollfreies Palmöl

Der Nationalrat verlangt, dass Palmöl bei den Verhandlungen mit Malaysia vom Freihandelsabkommen ausgenommen wird. Ein grosser Erfolg für Public Eye und unsere Mitstreiterinnen. Noch sind wir aber nicht am Ziel.

TEXT: THOMAS BRAUNSCHWEIG

Waren Sie vor zwei Jahren auch unter den 20 000 Menschen, die die Petition «Kein Freihandelsabkommen mit Palmöl aus Malaysia» unterschrieben haben? Falls dem so ist, dürfen Sie sich mit uns über einen schönen Erfolg freuen. Denn in der Frühjahrssession hat sich der Nationalrat für eine Motion des Waadtländers Jean-Pierre Grin (SVP) ausgesprochen, die ebendies fordert: «Bei den Verhandlungen mit Malaysia muss der Bundesrat Palmöl vom Freihandelsabkommen ausnehmen.» Die Zustimmung fiel mit 140 gegen 35 Stimmen (bei zehn Enthaltungen) überaus deutlich aus – ein klares Zeichen für die auch unter Parlamentarierinnen und Parlamentariern weitverbreitete Skepsis gegenüber einem weiteren Anstieg des Palmölkonsums. Denn genau dies wäre die Konsequenz einer Zollbefreiung von oder -reduktion auf Palmöl, wie sie von Malaysia in den Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen gefordert wird. Doch die Folgen der stetig steigenden Palmölproduktion sind verheerend: Sie führt zur rasanten Zerstörung des Regenwalds, Bauernfamilien werden enteignet, und auf Plantagen kommt es immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen.

Wirtschaftsminister weibelte erfolglos

Es ist erfreulich, dass sich die grosse Mehrheit der Ratsmitglieder weder durch die bundesrätlichen Drohungen noch durch die Verhandlungsstrategie des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) von ihrem Widerstand gegen eine weitere Ausdehnung des Palmölimports abbringen liess. So hatte

«Bei den Verhandlungen mit Malaysia muss der Bundesrat Palmöl vom Freihandelsabkommen ausnehmen.» Mit 140 zu 35 Stimmen sagte der Nationalrat Ja zu dieser Forderung.

Wirtschaftsminister Schneider-Ammann in der Ratsdebatte zum wiederholten Mal gewarnt, dass eine Annahme der Motion ein Abkommen mit Malaysia verunmöglichen würde. Und das Seco versuchte mit dem Hinweis auf ein unverbindliches Nachhaltigkeitskapitel im Abkommen sowie dem Versprechen, Mindeststandards für eine nachhaltige Palmölproduktion zu fordern, die Bedenken zu zerstreuen. Es hat alles nichts genützt. Wohl nicht zuletzt deshalb, weil das als Mindeststandard vorgesehene Label des RSPO (des Runden

Tischs für nachhaltiges Palmöl) weitherum als reine Augenschwärze wahrgenommen wird (siehe Kasten).

Schliesslich ist das deutliche Verdikt des Nationalrats Beleg für die erfolgreiche Arbeit der von Public Eye mitbegründeten Palmöl-Koalition. Dieser aus rund einem Dutzend Landwirtschafts-, Konsumenten-, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen bestehende Zusammenschluss hat sich seit Beginn der Verhandlungen gegen jegliche Zollerleichterungen für Palmöl eingesetzt.

Gleiches gilt für Indonesien

Voraussichtlich im Sommer kommt der Vorstoss nun in den Ständerat. Und die Palmöl-Koalition wird alles daran setzen, den Erfolg aus dem Nationalrat zu wiederholen. Dabei können wir uns auch der Unterstützung aus einzelnen Kantonen sicher sein. Nach dem Thurgauer hat kürzlich auch das Genfer Kantonsparlament – einstimmig! – eine Standesinitiative gutgeheissen, die vom Bund den Ausschluss von Palmöl aus den Verhandlungen fordert. Dabei wird neben Malaysia auch explizit Indonesien erwähnt, mit dem zurzeit ebenfalls über ein Freihandelsabkommen verhandelt wird. Dies ist ganz im Sinne der Palmöl-Koalition, die vom Bundesrat selbstredend erwartet, bei einer erfolgreichen Abstimmung im Ständerat den Willen des Parlaments auch in den Verhandlungen mit Indonesien zu respektieren. ■

Etikettenschwindel mit RSPO-Label

In einem Faktenblatt hat die Palmöl-Koalition anfangs Jahr ihre Analyse der inhaltlichen Schwächen und institutionellen Mängel des Labels des «Runden Tischs für nachhaltiges Palmöl» (RSPO) publiziert. Das Fazit fällt vernichtend aus: «Das RSPO-Label ist weit davon entfernt, nachhaltig produziertes Palmöl sicherzustellen. Dafür sind seine Ziele und Kriterien zu wenig ambitioniert, die Kontrollsysteme ungenügend und der Sanktionsmechanismus wirkungslos.»

Das Faktenblatt finden Sie unter: www.publiceye.ch/palmoel

Rolle vorwärts

Die Rechtskommission des Nationalrats bringt einen Gegenvorschlag zur Initiative wieder auf den Tisch – gleichzeitig laufen die Vorbereitungen zur Abstimmung.

TEXT: ANDREAS MISSBACH

Während die Rechtskommission des Ständerats im November (mit nur einer Gegenstimme) für einen Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative plädiert hatte, lehnte die Schwesterkommission im Nationalrat (RK-N) einen solchen am 11. Dezember mit 14 zu 11 Stimmen ab. Damit schien ein Gegenvorschlag zu der von Public Eye mitinitiierten Initiative schon rein zeitlich vom Tisch. Doch im Januar machte die Rechtskommission des Ständerats weiter Druck: Sie entschied, ihren Vorschlag lediglich zu sistieren, statt ihn fallen zu lassen – um abzuwarten, ob die RK-N nicht doch noch einen eigenen Vorschlag macht. Und dies geschah: Der Obwaldner Nationalrat Karl Vogler (CSP) stellte einen Gegenvorschlag in Form eines konkreten Gesetzes zur Diskussion. Und mit einer bemerkenswerten Kehrtwende setzte die RK-N im Februar das Thema Gegenvorschlag im Rahmen der Aktienrechtsrevision wieder auf die Traktandenliste. Nach einer ersten Diskussion sind konkrete Entscheide nun für den 19. April zu erwarten. Unser Fachwissen und unsere gute Vernetzung machen Public Eye in solchen entscheidenden Phasen zu einem der fragtesten Ansprechpartner der Initiativkoalition.

John Ruggie freut sich und warnt

Entscheidend für diese Rolle vorwärts der Nationalratskommission war auch, dass der Gegenvorschlag Unterstützung aus der Wirtschaft erhielt. Das «Groupement des Entreprises Multinationales» – ein Verband, der rund 90 Firmen aus der Romandie umfasst – begrüsst den Vorschlag. Ihr Generalsekretär sagte in der NZZ: «Wir sind im Prinzip einverstanden. (...) In fünf Jahren werden alle Länder Haftungsbestimmungen haben.» Über diese «konstruktive Haltung» des Verbands freute sich



auch John Ruggie, der Autor der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. In einem Gastbeitrag in der Handelszeitung schrieb er am 22. März weiter: «Menschenrechtliche Sorgfaltsprüfungen sind die neue Normalität für Unternehmen.» Wenn die Schweiz in diesem Bereich keinen Wandel einleite, laufe sie Gefahr, «international ins Hintertreffen zu geraten».

Parallele Abstimmungsvorbereitungen

Trotz dieser positiven Entwicklung laufen die Vorbereitung für die Abstimmungskampagne auf Hochtouren, denn ein substanzieller Gegenvorschlag kann nur dann zustande kommen, wenn klar ist, dass die Initiative in einer Abstimmung auch weiterhin gute Chancen hat. Wir sind überzeugt, dass wir die Abstimmung gewinnen können. Die neusten Bewegungen im Parlament belegen, wieviel Schwung die Kampagne mit Dutzenden regionalen Veranstaltungen, über tausend neuen ehrenamtlich Engagierten und den Fachpersonen der gesamten Koalition bereits jetzt entfaltet. ■

Gewinnen Sie mit uns die Abstimmung – werden Sie Teil einer «Regru»

Die Regionalgruppen von Public Eye leisten mit ihrem freiwilligen Einsatz einen grossen Beitrag zu unserer Informations- und Aufklärungsarbeit. Mit ihren kreativen und kraftvollen Aktionen tragen die «Regrus» unsere Werte und Forderungen in ihre Region – derzeit insbesondere jene nach mehr Konzernverantwortung. Möchten auch Sie aktiv werden? Zurzeit gibt es in der

Deutschschweiz sieben Regionalgruppen. Interessierte sind eingeladen, an einer der nächsten Sitzungen zu schnuppern. Am besten, Sie kontaktieren hierfür direkt die «Regru» in Ihrer Region.

Weitere Informationen und die Kontaktadressen finden Sie unter www.publiceye.ch/regionalgruppen

Zwei explosive Recherchen in der Pipeline

Die Enthüllung verborgener Fakten kann die Welt verändern. Zur Feier unseres 50-jährigen Bestehens wollen wir deshalb zwei exklusive journalistische Projekte ermöglichen, die zweifelhafte Praktiken von Schweizer Unternehmen im Ausland aufdecken. Das Crowdfunding dazu ist in vollem Gange.

TEXT: GÉRALDINE VIRET

«Wie viele Projekte sind heute reingekommen?» Ziemlich ungeduldig und mit einem Hauch von Besorgnis warteten wir darauf, dass die Bewerbungen in unserem Posteingang landen würden. Die Idee hatten wir schon lange mit uns herumgetragen: mit einem Preis für investigative Recherchen Journalistinnen und Journalisten zu unterstützen, die zweifelhafte Praktiken von Schweizer Firmen in Entwicklungs- oder Schwellenländern unter die Lupe nehmen. Denn ihre Arbeit ist unerlässlich, um Gegensteuer zu geben, wenn die Mächtigen ihre Macht missbrauchen. In einer Zeit, in der die traditionelle Presse in immer grösseren Schwierigkeiten steckt, schien uns das 50-Jahr-Jubiläum unserer Organisation, die selbst eine lange Recherchetradition hat, erst recht der richtige Anlass, um diesen Herzenswunsch in die Tat umzusetzen.

«Nur ein paar wenige. Aber Journalisten warten doch eh immer den letzten Tag der Frist ab.» Die beruhigenden Worte meines Kollegen Marc, der selbst – wie ich, muss ich zugeben – ein Meister der letzten Minute ist, sollten sich als wahr herausstellen. Bis zur Deadline erreichten uns 55 Projekte aus 22 Ländern – weit mehr, als wir erwartet, ja, als wir uns erhofft hatten.

Begeisternde Auswahl

Anya Schiffrin, Direktorin der Abteilung «Technologie, Medien und Kommunikation» an der «School of International and Public Affairs» der Columbia University in New York, zeigte sich «beeindruckt von der Qualität der eingegangenen Projekte». Ein Gefühl, das die weiteren Jurymitglieder – renommierte Journalisten sowie Mitarbeitende von Public Eye – teilten. Bei der telefonischen Beratung der Jury zwischen Bern, Lausanne, New York und Niamey im Niger ging es enthusiastisch zu und her. Das sechsköpfige Gremium musste sich entscheiden zwischen Recherchevorhaben zu vielfältigen, spannenden Themen, zwischen starken, relevanten Geschichten aus unterschiedlichsten Teilen der Welt. Die negative Seite an dieser grossen Auswahl sei, dass sie zeige, «wie viel es in der Schweiz gibt, das ans Licht gebracht werden sollte», bemerkte Oliver Zihlmann, der Co-Leiter des Recherchedesks von Tamedia. Und Will Fitzgibbon, «senior reporter» beim International Consortium of Investigative Journalism (ICIJ), meinte, seinen Kolleginnen und Kollegen fehle es offensichtlich «nicht an Geschichten über die dunklen

Geheimnisse von Schweizer Unternehmen. Aber sie brauchen Unterstützung, um sie erzählen zu können».

Jetzt die Finanzierung sicherstellen

Am Ende der Diskussionen war sich die Jury einig, welche beiden Projekten den Zuschlag erhalten. Nun müssen wir nur noch die Finanzierung sicherstellen. 15 000 Franken wollen wir zusammenkriegen, damit Marie Maurisse herausfinden kann, mit welchen in der Schweiz ausgeheckten Strategien eine ebenso mächtige wie gefährliche Branche in Afrika expandiert. Und noch einmal 15 000 Franken sollen es Nicola Mulinaris und Gie Goris ermöglichen, die Verbindungen zwischen Genf und den Schiffsfriedhöfen in Südasiens zu untersuchen. Die drei stehen bereits in den Startlöchern, um loszulegen. Die Ergebnisse ihrer brisanten Recherchen werden wir in einer Sonderausgabe unseres Magazins veröffentlichen.



Licht in dunkle Geschäfte – jetzt Crowdfunding-Aktion unterstützen

Anfang April haben wir auf der Plattform wemakeit.com die Crowdfunding-Kampagne «Licht in dunkle Geschäfte» gestartet. Unser Ziel: Die beiden Projekte unserer Gewinnerinnen und Gewinner zu ermöglichen und damit zugleich ein starkes Zeichen zu setzen für die Bedeutung des investigativen Journalismus. Denn die Erkenntnisse, welche die «Wachhunde der Demokratie» durch ihre aufwendige und manchmal gefährliche Arbeit gewinnen, sind unerlässlich, um wichtige Veränderungen anzustossen.

Noch bis zum 8. Mai können auch Sie mit einer Spende zum Erfolg unserer ersten Crowdfunding-Aktion beitragen. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

wemakeit.com/projects/licht-in-dunkle-geschaeft



Projekt 1

Starker Tabak für Afrika

Warum prosperieren multinationale Zigarettenkonzerne trotz Anti-Tabak-Gesetzgebungen? Und wie schaffen sie es, von der Schweiz aus Afrika einzuräuchern? Die unabhängige Journalistin Marie Maurisse will die undurchsichtigen Praktiken der Tabakgiganten durchleuchten.

Jedes Jahr sterben mehr als sechs Millionen Menschen an durch das Rauchen bedingten Krankheiten. Und jedes Jahr machen Zigarettenhersteller Milliarden an Gewinnen. Und ob Philip Morris, British American Tobacco oder Japan Tobacco: Die Marktführer dieser tödlichen Branche haben ihren Sitz in der Romandie.

Schweizer «Qualität»

Die Schweiz ist bekannt für ihre saubere Bergluft, ihre Schokolade, ihre Uhren. Für ihre Zigaretten weniger. Dabei beherbergt die Schweiz an den schönen Ufern ihrer Seen die Giganten des internationalen Tabakmarkts, wo sie ein sehr günstiges Steuerklima geniessen. Und in ihren Fabriken werden jedes Jahr 28 Milliarden Zigaretten hergestellt, der Grossteil davon für ausländische Märkte. Der Wert dieser problematischen Ware «Made in Switzerland» ist gleich hoch wie jener des exportierten Käses. Doch die Behörden hüten sich, damit zu prahlen – weil Tabak alles andere als en vogue ist. Denn wie in allen

einkommensstarken Ländern verstärkt die Politik auch in der Schweiz ihre Präventionsanstrengungen und erhöht die Steuern, um den tödlichen Qualm einzudämmen.

Damit ihre Geschäfte trotzdem weiter florieren, verfolgen die Zigarettenhersteller fragwürdige Strategien: Sie lobbyieren intensiv, um politische Initiativen zu ersticken, bewerben aggressiv «sauberere» Alternativprodukte und erobern zugleich neue Märkte. Besonders Afrika haben sie dabei ins Visier genommen, wo Hunderte von Millionen potenzieller Raucher warten. Gemäss der Weltgesundheitsorganisation ächzt dieser Kontinent heute schon unter einer explosionsartigen Ausbreitung des Tabakkonsums. Und genauso wie hier sind auch dort junge Menschen die Hauptzielgruppe der zynischen Wachstumsstrategien unserer «Zigi-Multis».

Unter Rauchwolken

Tabakkonzerne sind eine Säule der Schweizer Wirtschaft. Dennoch ist es sehr schwierig, zuverlässige Informationen über diesen Sektor zu erhalten. Der Public Eye Investigation Award soll es Marie Maurisse ermöglichen, in der Schweiz, in Europa und in mehreren afrikanischen Ländern gründlich zu recherchieren. Die erfahrene Journalistin wird mit innovativen Mitteln versuchen, die «Geheimrezepte» jener Unternehmen aufzudecken, die auf Kosten der öffentlichen Gesundheit Profit machen.



Projekt 2 Die Hölle auf dem Schiffsfriedhof

Was macht die verschwiegene Schweizer Schifffahrtsindustrie mit Schiffen, die ihr Lebensende erreicht haben? Nicola Mulinaris und Gie Goris haben sich vorgenommen, zwischen den Ufern des Lac Léman und den Schiffsfriedhöfen in Südasien nach Antworten zu suchen.

Heute werden über neunzig Prozent der Güter, die wir konsumieren, auf dem Seeweg transportiert. Die Schifffahrt ist Herzstück und Schrittmacherin der Globalisierung. Aber was passiert mit den Schiffen, wenn sie das Ende ihres Lebenszyklus' erreicht haben? Längst werden diese nicht mehr, wie früher, in Industrieländern demontiert. Heute werden jährlich Hunderte dieser «Monster der Meere», die voll sind mit giftigen Stoffen, an den Küsten Bangladeschs, Indiens und Pakistans in Stücke zerlegt – mit blossen Händen.

Tödliche Gefahren, undurchsichtige Tricks

Die Arbeiter, oft Migranten, schufteten unter extremen Bedingungen. Immer wieder kommt es zu tödlichen Unfällen. Giftige Dämpfe und Materialien wie Asbest und Blei verursachen schwere Krankheiten. Die sozialen und ökologischen Schäden sind immens. Dabei gäbe es durchaus sicherere und sauberere Methoden. Doch

die Reedereien ziehen es weiterhin vor, die Kosten für die Entsorgung ihrer Schiffe den Bewohnerinnen und Bewohnern armer Länder aufzubürden.

Berüchtigt ist der Markt für alte Schiffe auch für seine Intransparenz und dafür, dass die Beteiligten zur Umgehung geltender Rechtsvorschriften neigen. Flaggen von Ländern mit vorteilhaften Konditionen, Registrierung in Steueroasen, Zusammenarbeit mit dubiosen Vermittlern: Die Unternehmen nutzen zahlreiche Tricks, um sich ihrer Verantwortung zu entziehen und Ärger mit der Justiz zu entgehen.

In unruhige Gewässer tauchen

Obwohl sie keinen Meerzugang hat, ist die Schweiz Sitz grosser Reedereien. Nicola Mulinaris von der NGO Shipbreaking Platform und Gie Goris vom flämischen MO* Magazine wollen zusammenspannen, um die Tiefen dieses Sektors zu ergründen. Dabei werden sie unter anderem folgenden Fragen nachgehen: Wie werden diese Unternehmen ihre alten Schiffe los? Welche Gewinne werden dabei erzielt? Und zu welchem Preis? Ihre Antworten sollen auch den Opfern der unkontrollierten Verschrottung von Schiffen – einer Form von «giftigem Kolonialismus» – ein Gesicht und eine Stimme geben. ■

Eine visionäre Geburtstagsgala

Zu unserem Jubiläum wagen fünf profilierte Köpfe aus unterschiedlichen Perspektiven einen Blick in die Kristallkugel. Unter der Leitung von SRF-Moderator Sandro Brotz diskutieren unter anderem der Autor Lukas Bärfuss, der Politiker Bastien Girod und Laura Zimmermann von der Operation Libero über «die Rolle und Zukunft der Zivilgesellschaft in unserer globalisierten Wirtschaftswelt».

TEXT: OLIVER CLASSEN

Die Rückblicke auf die gesellschaftspolitischen Auf- und Umbrüche im Revolutionsjahr 1968 haben längst begonnen. Doch die ganz grosse Welle an Erinnerungsarbeit steht uns im Mai, 50 Jahre nach den Studierendenprotesten in Paris, erst noch bevor. Auch wir von Public Eye feiern diesen Mai unser 50-jähriges Bestehen. Doch wir wollen weniger rückwärts als vielmehr neugierig nach vorne schauen. Und den Blick dabei auf jene «Zivilgesellschaft» weiten, deren Teil unsere Organisation seit jeher ist und deren Funktion in der sich zuspitzenden Demokratie- und Medienkrise immer wichtiger und zugleich anspruchsvoller wird. Denn zu Zeiten, in denen das Primat der Wirtschaft über die Politik für Mensch und Umwelt immer bedrohlichere Konsequenzen zeitigt, braucht es ein kollektives Korrektiv, also Organisationen und Personen, die diese fatale Fehlentwicklung benennen und – irgendwann hoffentlich auch – beenden können. Sei es durch wirksame Proteste, fundierte Analysen oder alternative Gesellschaftsentwürfe.

Fünf Protest-Profis im Gespräch

Bei der Entwicklung der dafür nötigen politischen Ideen helfen neue personelle Konstellationen. Deshalb lassen wir im Anschluss an unsere reguläre Generalversammlung vom 26. Mai im Theater National in Bern fünf Menschen aufeinandertreffen, die im Herzen alle Aktivistinnen und Aktivisten (geblieben) sind, professionell aber sehr unterschiedliche Wege gehen. So beehrt uns aus Amsterdam mit **Ineke Zeldenrust** die Mitgründerin der Clean Clothes Campaign (CCC). Das in der Schweiz von Public Eye vertretene CCC-Netzwerk kämpft seit bald 30 Jahren für bessere Arbeitsbedingungen im Textilsektor, mobilisiert dafür Konsumentinnen und Konsumenten und lobbyiert gezielt bei Modefirmen und Regierungen. Als Verhandlungsführerin wurde Ineke als «gewieft, bissig, hartnäckig» beschrieben (Brand Eins), als Campaignerin hat die Pionierin manchen Erfolg eingefahren – nach der Rana-Plaza-Katastrophe von 2013 etwa weitreichende Zugeständnisse der Modeindustrie in Sachen Arbeitssicherheit und Transparenz.

Neben ihr auf unserem Berner Podium wird **Laura Zimmermann** sitzen. Als Co-Präsidentin von Operation Libero war die junge Jus-Doktorandin das Gesicht und Gehirn von deren Gegenkampagne zur kürzlich mit Karacho abgelehnten No-Billag-Initiative, inklusive Arena-Auftritt

und Flyern auf der Strasse. Laura verkörpert eine neue Protestgeneration und ein anderes Verständnis von zivilgesellschaftlichem Engagement, das den politischen Parteien wie auch den Wirtschaftsverbänden das Fürchten lehrt. Im Hotel National trifft die angehende Verfassungsrechtlerin auf **Carolijn Terwindt**, eine praktizierende Menschenrechtsanwältin mit Fronterfahrung an den globalen Schnittstellen von unkontrollierter Konzernmacht und existenziell davon betroffenen Menschen. Carolijn hat in den USA doktoriert und viel publiziert – von Unternehmenshaftung bis zur «Kriminalisierung sozialer Proteste». Als Rechtskonsultantin des in Berlin domizilierten «European Center for Constitutional and Human Rights» (ECCHR) setzt sie sich unter anderem mit der Textil- und Pharmabranche auseinander.

Zwei Schweizer Männer komplettieren die internationale Diskussionsrunde. Und anders als die Vorgenannten praktizieren sie heute beide einen vergleichsweise indirekten Aktivismus. Der grüne Nationalrat **Bastien Girod** macht schon seit über zehn Jahren Schlagzeilen – heute mit seinen häufig konzernkritischen Vorstössen, früher mit ausserparlamentarischen Aktionen. Spätestens Bastiens legendärer Ganzkörperinsatz gegen Offroader machte deutlich, dass er das Kampagnenhandwerk in einer Greenpeace-Regionalgruppe gelernt hat. **Lukas Bärfuss** versetzt seine Landsleute mit publizistischen Provokationen wie zuletzt «Die Schweiz ist des Wahnsinns» regelmässig in Rage. In seinen Essays und Romanen hat er sich immer wieder kritisch mit der globalisierten Wirtschaftsmacht seiner Heimat auseinandergesetzt. So auch im Vorwort zum Rohstoffbuch der (damaligen) Erklärung von Bern, in dem Lukas programmatisch konstatiert hat: «Nicht die Probleme der Entwicklungsländer sind kompliziert, unsere eigene Verstrickung ist es.»

Für die Moderation dieses illustren und sicherlich inspirierenden Quintetts konnten wir **Sandro Brotz** gewinnen. Der «Mister Rundschau» vom Schweizer Fernsehen wird die fünf Charakterköpfe so miteinander ins Gespräch bringen, dass die Funken sprühen und vielleicht ja auch die Fetzen fliegen. Unter seiner Leitung dürfte der vom Genfer Rapper **Jonas** musikalisch gerahmte Abend aber so oder so zu einer visionären Galaveranstaltung werden. ■

**Samstag, 26. Mai 2018, ab 19:30 im Theater National
am Hirschengraben 2 in Bern, zuvor Apéro**

Feiern Sie mit uns!



Jahre

Public Eye

Generalversammlung und
Jubiläumsveranstaltung

Samstag, 26. Mai 2018 in Bern

www.publiceye.ch/50

Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye ganz genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstössen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye, Dienerstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0) 44 2 777 999, kontakt@publiceye.ch, Postkonto 80-8885-4

www.publiceye.ch

[@publiceye_ch](https://twitter.com/publiceye_ch) www.facebook.com/publiceye.ch [@publiceye_ch](https://www.instagram.com/publiceye_ch)



Für
globale
Gerechtigkeit
Public Eye

50
JAHRE

 Erklärung von Bern